

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl., mit Zustellgeld 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 zl., vierteljährlich 14.66 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig 3 G. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u. c.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Berthus Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die einspaltige Reklamezeile 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Dz. Bi., Deutschland 10 bzw. 70 Bi. übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorrichtung u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postgeschäfte: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 84A

Bromberg, Dienstag den 11. April 1933

57. Jahrg.

Der amtliche Bericht.

Lodz, 10. April (PAT) In den gestrigen Vormittagsstunden versuchte eine Gruppe von Demonstranten, die den Bürgersteig der Petrikauerstraße entlangging, vor dem Gebäude des Deutschen Konsulats zu manifestieren. Die an Ort und Stelle zusammengezogene Polizei vermochte es nicht zu verhindern, daß durch einen Steinwurf das deutsche Wappen beschädigt wurde. Eine andere Demonstrationsgruppe begab sich zur Petrikauerstraße Nr. 86, wo sich die Druckerei der „Freien Presse“ befindet. Man versuchte, die Druckerei zu demolieren. Tausende von Spaziergängern schlossen sich dieser Gruppe an. Die seit dem frühen Morgen dort aufgestellte Polizei war nicht imstande, der ständig anwachsenden Menschenmenge Herr zu werden und die Zerstörungsaktion zu verhindern. Erst eine polizeiliche Verstärkung vermochte die Ordnung wieder herzustellen. In der selben Zeit drang eine andere Gruppe in das Deutsche Gymnasium ein, wo die Fensterscheiben eingeschlagen und die Einrichtung verschiedener Zimmer demoliert wurde.

Außerdem zertrümmerte eine Gruppe von Demonstranten die Scheiben in der Buchhandlung von Erdmann an der Petrikauerstraße und riß das Schild mit der Aufschrift „Redaktion der Loder Volkszeitung“ herunter. Im Zusammenhang mit den Ausschreitungen wurden mehrere Personen festgenommen. Vertreter von Verwaltungs-, Gerichts- und Polizeibehörden waren bald am Stelle, um eine Untersuchung einzuleiten. Aus Anlaß der Vorfälle, die vor dem Deutschen Konsulat stattgefunden haben, sprach der Loder Wojewode Hanke-Nowak im Konsulat vor, und gab seinem Bedauern über die Vorfälle Ausdruck.

Statthalter für die deutschen Länder

Die Vollendung der staatlichen Gleichschaltung.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Das erste Gleichschaltungsgesetz, das vor allem die Umgestaltung der Landtage nach den Ergebnissen der Reichstagswahl brachte, suchte vornehmlich nur eine juristische Umschreibung des aktuellen politischen Zustandes zu geben. Für die Zukunft bleibt von ihm hauptsächlich die Bestimmung wichtig, daß von jetzt ab alle Reichstags-, Landtags- und Gemeindewahlen an denselben Tagen stattfinden, daß die Reichstagsauflösung die Auflösung aller übrigen gesetzgebenden Körperschaften des Reichsgebietes zur Folge hat.

Das neue Gleichschaltungsgesetz, das im Entwurfe bereits fertig ist, umfaßt einen völligen Neubau des Reichsgefüges, bringt endlich die lange ersehnte, viel vereidete Reichsreform. Der Grundgedanke dieses neuen Gesetzes ist in der Einrichtung von Statthaltern des Reiches in

Die Wirkung einer verlogenen Presseheze.

In Czestochau.

Wie die Polnisch Telegraphen-Agentur meldet, drang am Sonntag eine Gruppe von Demonstranten in Czestochau in ein Kino ein, wo ein deutscher Film vorgeführt wurde. Die Demonstranten forderten das Publikum auf, das Kino zu verlassen. Zusammen mit ihnen bildeten die Kino-Teilnehmer einen Umzug durch die Straßen der Stadt, nahmen unterwegs aus den Zeitungsständen die deutschen Zeitungen und Zeitschriften fort und vernichteten sie.

In Rybnik

wurde auf dem Marktplatz eine öffentliche Versammlung abgehalten, um gegen die Verprügelung von polnischen Studenten durch Deutsche zu protestieren. Nach verschiedenen Ansprachen wurde eine Entschließung gefaßt, in der gefordert wurde, die deutsche Presse zu boykottieren und ihr das Post-Débit zu entziehen. In einer an denselben Tage

in Myslowitz

abgehaltenen Versammlung wurde ein Appell an die Behörden gerichtet, beim Völkerbunde wegen einer angeblichen Prügelei zwischen einigen polnischen und deutschen Studenten in Breslau zu intervenieren.

den Ländern enthalten. Bisher hatte das Reich in normalen Zeiten in den Ländern keine unmittelbare Verfügungsgewalt. Es hatte zwar die Möglichkeit, ein widerspenstiges, d. h. im Gegensatz zur Reichspolitik befindliches Land auf dem Wege über den Finanzausgleich, über die Polizeikostenzuschüsse und dergleichen eingemessen am Baune zu halten. Wenn es aber im äußersten Falle einem Lande den Willen des Reiches aufzwingen wollte, mußte es zum Ausnahmearikel 48 der Verfassung und zur Execution durch die Reichswehr greifen. Selbst das war nicht immer möglich, wie die Haltung des bairischen Reichswehrkommandanten im Jahre 1923 gezeigt hat.

Durch das neue Gesetz schafft sich nun das Reich in den Ländern eigene Instanzen, die nicht nur gleichberechtigt neben Länderregierungen und Länderparlament stehen, sondern sogar über sie gestellt sind. Die Statthalter werden von der Reichsregierung ernannt, sind ihre Vertrauensleute und dürfen bei einem Regierungswchsel ebenfalls ausgewechselt werden. Sie sind nur der Reichsregierung verantwortlich und können, wenn sie nicht im Sinne der

Reichspolitik handeln, jederzeit abberufen werden. Sie haben etwa nach der Art der englischen Gouverneure für einen richtigen Ausgleich zwischen der Willensrichtung des Reiches und den Interessen der Länder zu sorgen. Dadurch wird natürlich das Länderparlament, der Reichsrat, viel, wenn nicht Entscheidendes von seiner bisherigen, für das Verhältnis zwischen Reich und Ländern ausschlaggebenden Rolle einbüßen. Es fragt sich, ob ihm unter den neuen Verhältnissen überhaupt das Einspruchrecht in der Gesetzgebung des Reiches bleibt; denn die Demokratie der vielen kleinen ist mit dem neuen Gesetz unbedingt zu Ende gegangen. Die Länder sind zwar nicht zu Provinzen degradiert; es ist aber absolute Sicherheit geschaffen, daß in den Lebensfragen der Nation Reich und Länder nicht mehr eine verschiedene Stellung einnehmen. Auch die Drohung irgend eines Landes, dem Reich die Gefolgschaft aufzusagen oder auch nur Bedingungen zu stellen, ist sinnlos geworden.

Die Statthalter bekommen neben den bestehenden Länderegewalten eine sehr starke Stellung. Sie sind gemischaften bleibende Reichskommissare, ähnlich den jetzt in vielen Ländern regierenden Kommissaren. Aber sie sind infolfern mehr, als sie gegenüber den Länderkabinetten und Parlamenten eine Stellung einnehmen, wie sie früher etwa der Staatspräsident in Preußen hatte. Sie bestätigen und ernennen die Regierungen. Die Länderparlamente werden nicht mehr das Recht haben, die Landesregierung zu wählen. Selbstverständlich ist auch der Statthalter für ihre Vertrauens- oder Misstrauensvoten nicht erreichbar. Danach bliebe den Länderparlamenten nur noch eine beratende, anregende Stellung. Eine besondere Regelung ist für Preußen vorgesehen. Hier wird der Reichskanzler selber den Ministerpräsidenten ernennen. Die Zusammenlegung der Reichs- und preußischen Instanzen wird bleiben. Gleichwohl wird der vom Reichskanzler ernannte preußische Ministerpräsident seinerseits die Landesminister berufen. Damit verfügt das Reich auch weiterhin über die "Hausmacht", die es sich durch die Exekution im Sommer 1932 gesichert hat. Der Dualismus zwischen Reich und Preußen ist beendet. Schließlich bleibt noch mitzuteilen, daß im Zusammenhang mit dieser neuen Aktion für die politische Einheit des Reiches auch der Anschluß mancher kleiner Länder an die großen vollzogen werden dürfte.

Damit ist ein gewaltiger Schritt auf dem Wege zu einem einheitlichen Reich vormärts getan. Die Bastionen, welche bei der letzten Reichstagswahl gestürmt wurden, werden größtenteils geschleift. Aber der Unitarismus feiert keine sinnlosen und schrankenlosen Triumph. Hitler hat damit das in der Regierungserklärung vor dem Reichstag gegebene Versprechen in kürzester Frist eingelöst. Die Kräfte der Bersplitterung, auf die man in Frankreich und demgemäß auch in den von Frankreich abhängigen Staaten immer noch rechnete, sind gebannt. Die Kräfte, die einst gegeneinander standen, werden jetzt in der gleichen Richtung wirken. Kein Zweifel, daß sich das in wirtschaftlicher, vor allem aber in außenpolitischer Beziehung bemerkbar machen wird.

Dr. A. R.

Göring wird preußischer Ministerpräsident

Wie das Conti-Bureau aus politischen Kreisen erfährt, steht nunmehr fest, daß der Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Statthalter von Preußen den Reichsminister Göring zum Ministerpräsidenten in Preußen ernennen werde. Bismarck von Papen dürfte selbst auf die Ernennung zum Ministerpräsidenten in Preußen verzichtet haben. Es verlaute, daß er andere wichtige Aufgaben gebiete für das Reich übernehmen wird.

Neues Beamten-Gesetz im Reich

gültig bis 30. September 1933.

Gleichzeitig mit dem "Statthalter-Gesetz" wurde ein nicht weniger eindehndendes "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtenrechts am Freitag abend vom Reichskabinett beschlossen, bereits am Sonnabend, dem 8. d. M. verkündet und damit in Kraft gesetzt. Das Gesetz hat einen doppelten Zweck, nämlich das Berufsbeamtenrecht wiederherzustellen und die Verwaltung zu vereinfachen. Der Personalkreis, auf den sich das Gesetz bezieht, umfaßt die unmittelbaren und die mittelbaren Beamten des Reiches, der Länder und der Gemeinden, ebenso die Träger der Sozialversicherungen, die Beamten mancher Banken, ferner auch die Richter und die Hochschullehrer, ebenso Beamte im Ruhestand. Reichsbank und Reichsbahn erhalten die Ermächtigung, entsprechende Anordnungen zu erlassen.

Diese Maßnahmen, die ergriffen werden können, reichen von der Entlassung bis zur Versezung in den Ruhestand mit allen Ehren und Bezügen. Im Paragraph 2 des Gesetzes wird

das sogenannte Parteibuch-Gesetz

getroffen, das seit dem 9. November 1918 ohne die vorgeschriebene Vorbildung oder die sonstige Eignung neu berufen worden ist. Diese Beamten werden entlassen. Sie erhalten ihre Bezüge noch drei Monate, haben aber keinen Anspruch auf Ruhegehalt oder Titel. Aus diesem Staatsamt entsteht ihnen auch sonst kein Rechtsanspruch gegen den Staat. Nur im Falle besonderer Bedürftigkeit, insbesondere wenn für bedürftige Angehörige gesorgt werden muß, kann ihnen eine Rente bis zur Höhe von einem Drittel des Gehalts widerruflich gewährt werden.

Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, werden in den Ruhestand versetzt.

Sie werden, vorausgesetzt, daß es sich nicht um Parteibuch-Beamte der vorher beschriebenen Art handelt, mit allen Ehren und vollen Pensionsbezügen aus dem Dienst entlassen. Hierfür gibt es zwei Ansichten: Beamte, die bereits am 1. August 1914 tätig gewesen sind, unterliegen keiner Nachprüfung, ebenso solche jüdischen Beamten, die im Weltkrieg an der Front Deutschlands oder einer seiner Verbündeten gekämpft haben oder deren Vater oder Sohn im Weltkrieg gefallen sind. Diese Beamten bleiben im Amt.

Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Tätigkeit keine Garantie für den nationalen Staat bieten, können (müssen aber nicht) aus dem Dienst entlassen werden.

Sie erhalten drei Monate lang ihre Beamtenbezüge, dann drei Viertel des Ruhegeldes und haben auch Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung.

Für alle Arten von Beamten gilt, daß die Versezung in ein anderes Amt der gleichen Laufbahn, aber von geringerer Bedeutung, künftig möglich sein wird. Die so versetzten Beamten behalten ihre alte Amtsbezeichnung und ihre bisherigen Bezüge. Sie können innerhalb eines Monats ihre Versezung in den Ruhestand verlangen.

Zur Vereinfachung der Verwaltung können Beamte auch dann in den Ruhestand versetzt werden, wenn sie noch nicht dienstfähig geworden sind. Dann darf keine Neubesetzung ihrer Stelle stattfinden.

Inständig für die Durchführung dieser Bestimmungen sind lediglich die obersten Reichs- oder obersten Landesbehörden.

Die Dienstentlassung oder Versezung in den Ruhestand auf Grund dieses Gesetzes muß bis spätestens 30. September 1933 zugestellt sein, wodurch der vorübergehende Charakter des Gesetzes zum Ausdruck kommt. Von dann an gilt wieder das volle Recht des Berufsbeamtenrechts in allen Kategorien. Die Frist kann mit einzelnen Verwaltungen auf deren Wunsch gekürzt werden, wenn sie es für zweckmäßig halten. Die wegen ihrer politischen Tätigkeit entlassenen Beamten sollen ein Ruhegehalt dann nicht erhalten, wenn sie nicht wenigstens eine zehnjährige Dienstzeit hinter sich haben. Ausnahmen treten ein, wenn sie infolge eines Unfalls früher diensttauglich wurden oder wenn Kriegsjahre mitzählen. Eine frühere Tätigkeit, z. B. als Gewerkschaftsssekretär, wird für die Berechnung des Dienstalters nicht herangezogen. Angerechnet wird nur die ruhegehaltfähige Dienstzeit als Beamter, wenn sie im Reichs-, Landes- oder Gemeindedienst verbracht wurde.

Härteln können durch den Reichsminister des Innern im Benehmen mit dem Reichsfinanzminister oder durch die oberste Landesbehörde ausgleichen werden.

Für die Höhe der Bezüge und Ruhebezüge der Kommunalbeamten werden die in Preußen im Jahre 1931 erlassenen Richtlinien jetzt allgemein maßgebend. Frühere Reichsminister und Landesminister, die seit dem November 1918 ernannt worden sind, müssen sich den Bestimmungen des Reichsministergesetzes unterwerfen. Zuvor bezahlte Bezüge seit April 1932 müssen zurückgezahlt werden. Nachzahlungen für zu geringe Bezüge finden nicht statt.

Gegen die vorzeitig entlassenen Beamten kann auch nachträglich noch ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden, aber nur bis zum 31. Dezember 1933. Für Angestellte und Arbeiter werden sinngemäß Ausführungsbestimmungen erlassen werden.

Titel, Orden und Ehrenzeichen.

Gleichzeitig beschloß das Reichskabinett die Wieder einföhrung von Ehrentiteln, Orden und Ehrenzeichen. Die Titel werden verliehen vom Reichspräsidenten und von den Reichstatthaltern, in Preußen vom Ministerpräsidenten in Vertretung des Reichskanzlers, Orden und Auszeichnungen kann nur der Reichspräsident verleihen.

Zur Vermeldung von Missverständnissen wird jedoch darauf hingewiesen, daß das am Freitag abend vom Reichskabinett beschlossene Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen lediglich unter Ausschaltung der bisherigen Bestimmungen des Artikels 100 Absatz 4 und 5 der Reichsverfassung die Ermächtigung erteilt. Ehrentitel und Orden wieder einzuführen und die Annahme von ausländischen Orden zu genehmigen. Es sei zurzeit nicht beabsichtigt, neue Orden oder Ehrenzeichen einzuführen. Mit dieser Erklärung wird ein Gerücht widerlegt, wonach schon für die nächste Zeit die Schaffung eines Ordens der Nationalen Erhebung (Hitler-Orden) und eines Ordens für Verdienste um Kunst- und Wissenschaften (Hindenburg-Orden) geplant gewesen sei.

Rein Osthilfe-Skandal.

Der Osthilfe-Untersuchungsausschuß hat, wie amtlich mitgeteilt wird, am 8. April seine Beratungen abgeschlossen und dem Reichsminister Dr. Hugenberg einen Bericht erstattet. Der Osthilfe-Untersuchungsausschuß hat seine Arbeiten auf die Nachprüfung der im Reichstagsausschuß vorgebrachten 26 Osthilfesfälle beschränkt und in elf Sitzungen eingehend erörtert und durchgeprüft. Vorher waren auf Wunsch des Rechnungshofes bereits sechs Fälle von der Nachprüfung ausgeschieden, die bereits vom Rechnungshof nachgeprüft worden waren.

Der Bericht des Ausschusses kommt zu dem Ergebnis, daß die in der linksgerechten Tagespresse im Januar 1933 erhobenen Angriffe gegen die beteiligten Behörden samt und sonders zu Unrecht erhoben worden sind. Von Riesenskandalen der Osthilfe, Panama und Korruption sei keine Rede. In keinem der von ihm untersuchten 26 Einzelfällen habe sich der Verdacht einer Korruption der beteiligten Beamten ergeben. Die erhobenen schweren Beschuldigungen fallen damit ohne weiteres in sich zusammen.

Weiter hebt der Ausschuß hervor, daß der Reichskommissar für die Osthilfe alle ihm unterbreiteten Beschwerden und Anregungen stets raschestens geprüft und für den Ausgleich zutage getretener Unebenheiten gesorgt habe. Auf Grund der Verhandlungen hat der Ausschuß sodann beschlossen, eine Reihe von Anregungen für die weitere Verhandlung der Osthilfe zu geben.

Otto Braun und August Bebel.

Enteignung marxistischer Häuser.

Mit der Begründung „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und zur Abwehr auch in Zukunft zu befogender staatsgefährlicher Umrücks“ wurde vom Regierungspräsidenten in Königswberg das Grundstück 2, Fleischstraße 4–6 (Otto-Braun-Haus) nebst sämtlichen festen und losen Bestandteilen und Zubehörstücken und allen dem Grundeigentümer gehörenden Inventar gegenständen dem bisherigen Eigentümer, der Ostpreußischen Druck-Gesellschaft m. b. H., entzogen und auf das Land Preußen zum Eigentum übertragen.

Nachdem festgestellt worden ist, daß das August-Bebel-Haus in Köln-Deutz, das Verlagsgebäude der sozialdemokratischen "Rheinischen Zeitung", Hypotheken der Städtischen Sparkasse Köln, sowie der Sparkassen der Landkreise Köln, Bergheim und Mülheim erhalten hat, hat der kommissarische Oberbürgermeister der Stadt Köln das Gebäude unter Zwangsverwaltung gestellt, um

Berluste für die Stadt zu verhüten. Die Stadtverwaltung hat dann das Gebäude an den Gaerverlag Köln-Aachen der NSDAP, in dem der "Westdeutsche Beobachter" erscheint, vermietet.

Ebert-Denkmal in Frankfurt a. M. wird entfernt.

Das Ebert-Denkmal an der Paulskirche in Frankfurt a. M. wurde entfernt. Die Beseitung der Figur, die ein gewaltiges Gewicht besitzt, verursachte erhebliche Schwierigkeiten.

Grzesinski verzichtet auf sein Mandat.

Der frühere preußische Innenminister und Berliner Polizeipräsident Grzesinski hat in einem aus Zürich kommenden Schreiben sein Abgeordnetenmandat zur Verfügung gestellt. Grzesinski bemerkt dazu: da er auf neunzig Sitzungstage vom Preußischen Landtag ausgeschlossen sei, sehe er für absehbare Zeit keine Möglichkeit, an den Arbeiten des Landtags teilzunehmen. Er verzichtete deshalb auf sein Mandat.

Grzesinski zog sich den Ausschluß auf neunzig Sitzungstage auf Grund der neuen, von den Nationalsozialisten formulierten Geschäftsordnung des Preußischen Landtags zu, weil er bei der konstituierenden Landtagssitzung unentzückt gesehen hatte.

Politische Flüchtlinge in der Schweiz.

Die Schweizer Bundesregierung hat eine Verordnung über die sich in der Schweiz aufhaltenden politischen Flüchtlinge genehmigt. Diesen ist bei Strafe der sofortigen Ausweisung jede politische Tätigkeit verboten. Sie bedürfen zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit der Genehmigung der eidgenössischen Fremdenpolizei.

Verbot des Tannenberg-Bundes in Mecklenburg.

Durch Verfügung des mecklenburgischen Ministerpräsidenten Hildebrandt ist der Tannenberg-Bund, dessen Gründer und Schirmherr General Ludendorff ist, für das gesamte mecklenburg-schwerinsche Staatsgebiet verboten worden. In der Verbotsbegründung heißt es, daß der Tannenberg-Bund durch sein Gebaren die religiösen Gefühle weiter Bevölkerungskreise verleiße; daher sei eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu befürchten.

Staat und Kirche in Preußen.

In Berlin wird von zuständiger kirchlicher Stelle mitgeteilt:

Wegen der Ausführungen des Oberpräsidenten Kubo auf der Berliner Tagung der "Deutschen Christen" hat der Evangelische Oberkirchenrat sich mit den zuständigen staatlichen Stellen ins Benehmen gesetzt, da jene Äußerungen das gundsätzliche Verhältnis von Staat und Kirche berühren.

Bekanntlich hat die Reichsregierung in ihrer programmativen Kundgebung im Reichstag am 23. März in aller Form den Reichsbestand und die Selbständigkeit der Kirchen sicherstellende Erklärungen abgegeben, von denen die Evangelische Kirche, die im Rahmen ihrer besonderen Verantwortung und Aufgabe zu vollem Einsatz ihrer eigenen Kräfte für den nationalen Wiederaufbau bereit ist, mit Bekämpfung Kenntnis genommen hat.

Hierzu wird von evangelisch-kirchlicher Seite bemerkt: "Die kirchenpolitischen Auseinandersetzungen treten damit in ein neues Stadium: die kirchlichen Führer werden mit der Reichsregierung und den Preußenkommissionen das Verhältnis des Staates zur Kirche besprechen. Es ist anzunehmen, daß die Vertreter der Kirchen dabei die guten und denkbaren Gedanken der 'Deutschen Christen' (z. B. die Forderung der Reichskirche) zu ihren eigenen machen, damit endlich in die Kirchenfrage etwas Bewegung kommt."

Es wäre aber ferner wünschenswert, daß die ganze Auseinandersetzung nicht vom machtpolitischen Standpunkt aus geführt wird. Die "Machtpolitik" hat in diesen Fragen wenig Sinn, ganz abgesehen davon, daß auf kirchlichem Gebiete die "Macht" keineswegs bei den "Deutschen Christen" liegt: bei den letzten Wahlen erhielten sie im Durchschnitt 38 Prozent aller Stimmen, die Berliner Stadtsynode besteht beispielweise aus 122 Anhängern der Positiven Union (52 Prozent) und 58 "Deutschen Christen" (22 Prozent). Es besteht kein Zweifel darüber, daß manches Mitglied der Positiven Union politisch nationalsozialistisch ist; daß es sich nicht den "Deutschen Christen" anschließt, zeigt, daß die "Deutschen Christen" keineswegs die Vertretung des Nationalsozialismus in Fragen der evangelischen Kirchen für sich beanspruchen können.

Republik Polen.

Halbkreuzflagge vor dem Gemeindeamt.

König, 10. April. (Eigene Meldung.) Die Polizei ist eifrig bemüht, der Personen habhaft zu werden, die in der Nacht zum 1. April in dem friedlichen Schönfelderbosch Frankenhausen vor dem Gemeindeamt eine Flagge mit einem Halbkreis hissten.

Vom Amt suspendiert.

Der polnische Handelsminister hat den Direktor des Seedeportements im Handelsministerium, Dr. Hilchen, auf eigenen Wunsch vom Amt suspendiert. Gegen Dr. Hilchen ist auf seinen Antrag ein Disziplinarverfahren eingeleitet, um die Klagen und Vorwürfe zu prüfen, die von verschiedenen Firmen und Privatpersonen aus Gdingen gegen ihn erhoben werden. Gleichzeitig ist auch von einigen Firmen beim Staatsanwalt in Gdingen Anklage gegen Dr. Hilchen erhoben.

Dr. Hilchen wird Unredlichkeit vorgeworfen. Er war vor seiner Berufung in das Handelsministerium polnischer Delegierter im Danziger Hafenausschuß. (d.)

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weiche vom 10. April 1933.
Kralau + 2,41, Jawischost + 1,40, Wartha + 1,45, Bölic + 1,45, Thorn + 1,64, Norden + 1,68, Culm + 1,80, Graudenz + 1,83, Kurzebrat + 1,96, Bieden + 1,40, Dirschau + 1,45, Einlage + 2,26, Schiewenhorst + 2,52.

Die interessantesten Seiten des Menschendaseins sind nicht die, in welchen man sich der Täuschung hingibt, sein Leben selbst führen zu können, nach rechts oder links abzuweichen, zu beharren oder aufzugeben, sondern die, in denen man die Flügel des Schichthals deutlich über seinem Kopf rauschen hört. Trotz aller möglichen Unruhe und Ahnung sind diese auch, so widerspruchsvoll das Klingen mag, das eigentliche Leben.

Raabe.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angelobt.

Bromberg, 10. April.

Teils wolkig, teils heiter.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet teils wolkiges, teils heiteres Wetter mit wärmeren Temperaturen an.

Das „Küchen-Problem“ in der Wohnungssteuer

Wie erinnerlich, gab im Vorjahr die Erhöhung der Wohnungssteuer infolge der Eingliederung von Küchen in die Zahl der eigentlichen Wohnräume Anlaß zu unzähligen Einsprüchen.

Diese Einsprüche — es waren etliche tausende — hat nun nach fast einundhalbjähriger Wartezeit die Finanzkammer in Posen in einer Art entschieden, die gewiß nicht zur Verhüllung der Bahler und endgültigen Regelung der Streitfrage (obwohl es da eigentlich nie etwas zu streiten gab!) beitragen dürfte. Man hat — wie das aus den Begründungen der Finanzkammer zu ersehen ist — das Ausmaß der Küche als Maßstab zu einer eventl. Herabsetzung der Steuer herangezogen, also diese von einem gewissen Quantum von Metern abhängig gemacht, ungeachtet dessen, ob eine Küche überhaupt den Ansprüchen, die man an einen regelrechten Wohnraum zu stellen gewohnt ist, genügen kann oder nicht. Selbst wenn man die Art der Begründung der Finanzkammer gelten lassen wollte, so widerspricht sich diese doch schon in den wenigen Fällen, die uns zur Kenntnis gelangt sind. Man hat z. B. bei einer Küche von annähernd fünf Quadratmetern Ausmaß die Steuer weder erniedrigt noch eine nähere Begründung dazu gegeben, dagegen bei Küchen von ungleich größerem Raummaß die Steuer herabgesetzt, bei noch anderen nur den allgemein gültigen abschlagsigen Bescheid gegeben, daß die Küche als Raum (izba) gilt. Wie reimt sich eins mit dem andern zusammen? Dieses wahllose Durcheinander von groß und klein, Wohnraum und Küche, von bewohnbar und unbewohnbar trägt nur dazu bei, die ganze Angelegenheit als Lotteriespiel zu betrachten. Denn welche Küche gilt nun eigentlich als izba? Die Finanzkammer gibt dazu etwas unklare Erklärungen ab, der hiesige Magistrat beruft sich wieder auf diese — im Grunde genommen scheint das ganze „Küchen-Problem“ ein verunglücktes Versuchsobjekt zu sein. Der Steuerzahler aber sollte wenigstens das Recht besitzen, klar zu sehen! Man hätte da wahrhaftig die Steuer bereits gleich ab drei Zimmern erhöhen sollen, wodurch dem Bürger jeglicher Zweifel genommen und den Behörden die unerquicklichen Notlandungen erspart geblieben wären. Ubrigens spricht es nicht für das Prestige des Staates, eine in Westeuropa längst abgetane Kulturfrage anzuzweilen und in diesem Sinne zu regeln! Oder sonst man sich in unserem Teilstück doch noch zu der Ansicht bequemen müssen, daß eine Küche Zugriff, ein Backofen aber als Lagerstätte keine so zu verachtende Angelegenheit sei?

Angeblich ist die Finanzkammer die letzte Berufinstanz; gegen diese Entscheidung kann nur noch eine gerichtliche Klage geführt werden. Das „Küchenproblem“, das sich hier zu einem „Kulturproblem“ auswächst, harrt also des gerichtlichen Urteils!

Die Elektrifizierung des Kreises Bromberg. Eine grundsätzliche Übereinkunft ist zwischen den Gemeinden der Stadt Bromberg und denjenigen von Crone, Schulitz und Tordom über die Schaffung einer Genossenschaft zur Elektrifizierung des Kreises erfolgt. Zusammen mit dem Kreisausschuß soll demnächst eine Konferenz der Vertreter der einzelnen Gemeinden stattfinden, die die Festlegung des Elektrifizierungsplanes zum Thema hat.

Der hiesige Geselligslüchterverein (gegründet 1891) hielt am Sonnabend eine Mitgliederversammlung ab, an der auch einige Gäste teilnahmen. Zunächst wurden die Anträge und Eingaben verlesen und unterschrieben, die nötig sind, um die Eintragung des Vereins in das Vereinsregister zu bewirken. Dann hielt der Vorsitzende einen Vortrag über Aufzucht des Junggesellengels. Die rege Aussprache, die sich an den Vortrag anschloß, zeigte u. a. von reichen praktischen Erfahrungen der meisten Vereinsmitglieder. Hierauf wurde angeregt, im Herbst d. J. hier eine Geselligslücherzunft zu veranstalten. In der nächsten Mitgliederversammlung soll endgültig darüber beschlossen werden. Von Frau Sanitätsrat Diez wurden sehr schöne und hochrasige weiße Beghorn und Rhodeländer sowie eine große Zahl kleinerer und größerer Kücken von Rassehähnern, die gutes Wachstum und volle Gesundheit zeigten, vorgeführt.

Falsche Wolgadeutsche. Wie uns berichtet wird, haben auf verschiedenen Gütern angebliche Wolgadeutsche um Lebensmittel für ihre hungernden Volksgenossen gebeten. Sie gaben an, daß sie mit noch vielen anderen im Internierungslager in Szczypiorno ein Unterkommen gefunden hätten und infolge der Not großen Hunger litten. Sie haben sich sogar ein Gabenbüchlein angelegt, in das die Spender ihre Namen und ihre Spende eintragen dürfen. Es steht aber fest, daß diese Sammlungen keineswegs ihren Weg nach Szczypiorno finden, sondern in der nächsten Stadt wieder verkaufen werden. Diese falschen Angaben gegenüber muß festgestellt werden, daß wohl größere Scharen von Wolgadeutschen in den Jahren 1922/23 in unserem Gebiet untergebracht waren, aber nicht in Szczypiorno, sondern in Stralkowo. Dort wurden sie dank der Opferwilligkeit der deutschen Öffentlichkeit mit Lebensmitteln und Kleidern

versehen und nach und nach in Flüchtlingszügen nach Deutschland gebracht, wo man weiter für sie gesorgt hat. Seitdem sind wohl einzelne Flüchtlinge aus Sowjetrußland herübergekommen, deren sich die Innere Mission und andere Kreise angenommen haben, niemals aber Flüchtlinge in größerer Zahl. Es wäre gut, wenn die Schwuler bald festgestellt und entlarvt würden, damit sie nicht länger Gaben erhalten, die besser wirklich Notleidenden zugute kommen könnten.

Der Hund als Retter. Im Gefängnis in Nakel saß wegen Einbruchdiebstahls der 25jährige Arbeiter Wladyslaw Zelak. Da ihm der unfreiwillige Aufenthalt im Gefängnis nicht gefiel, sann er darüber nach, wie er am schnellsten die goldene Freiheit wiedererlangen könnte. Am 27. Dezember v. J. sollte sich ihm endlich hierzu die Gelegenheit bieten. An dem genannten Tage war Z. mit mehreren anderen Gefangenen unter Aufsicht des Gefängnisaufsehers Krause auf dem Hof mit Arbeiten beschäftigt. Als Z. seine Aufmerksamkeit etwas anderem zuwandte, benutzte Z. den günstigen Augenblick, eilte über den Hof und versuchte an einer ihm geeignet erscheinenden Stelle über die Gefängnismauer zu klettern. Er konnte jedoch an der Ausführung seines läblichen Vorhabens von dem Aufseher noch rechtzeitig gehindert werden. In seiner Wut über das Misslingen seines Planes warf er sich auf den Beamten, so daß es zwischen beiden Männern zu einem erbitterten Ringkampf kam. Wer weiß, wie dieser geendet haben würde, wenn nicht im nächsten Augenblick der Hund des K. auf dem Hof erschien wäre. Als das treue Tier sah, daß sein Herr mit dem Ausbrecher in einen Kampf verwickelt war, stürzte es sich mit lautem Bellen auf diesen und bis ihn wildt in das Gefäß. Mit lautem Aufschrei ließ nun der Gefangene von dem Aufseher ab und hielt sich mit beiden Händen die schmerzende Stelle. Auch den anderen Gefangenen, die Miene gemacht hatten, ihrem Beiliegen zu Hilfe zu kommen, zeigte der Hund fleischend die Zähne. Z. aber hat sich durch diesen Fluchtversuch und die erfolgte tödliche Beamtenbeleidigung selbst den Aufenthalt im Gefängnis um acht Monate verlängert, denn zuvor wurde er von der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts verurteilt.

Ein unehrlicher Beamter hatte sich in der Person des 44jährigen Felix Domagalski vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Der Angeklagte, der z. Bt. in Posen wohnte, war früher im Arbeitslosenfürsorgeamt in Inowrocław als Leiter beschäftigt. Als solcher schreckte er nicht davor zurück, sich an den Armen zu bereichern, indem er nach und nach über 1000 Złoty veruntreute. D. ließ sich z. B. von Arbeitslosen, die etwas größere Unterstützungen zu erhalten hatten, Entnahmen geben, zahlte ihnen jedoch nur die Hälfte davon aus, während er den anderen Teil für sich brauchte. Als die vorgesetzte Behörde hinter den Schwund kam, setzte sie den Herrn Leiter unverzüglich an die frische Luft. Der Angeklagte, der sich nur teilweise zur Schuld bekannte, wurde vom Gericht zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Ein schwerer Unfall ereignete sich in Cierplówko, Kreis Bromberg. Der Sohn Czesław des Landwirts Smudejewski hat sich einen alten Karabiner, den er angeblich gefunden haben will, ungarbeitet. Um seine Geschäftsfähigkeit zu prüfen, begab er sich auf ein Feld und gab einen Schuß ab. Unglücklicherweise traf die Kugel den in einer Entfernung von etwa 200 Metern vorbeihenden Waclaw Rogalla, der noch vor Eintreffen des Arztes seinen Geist aufgab.

Eine Beschädigung des Schleusentores in Tuchschwanz, Kreis Bromberg, ereignete sich am vergangenen Sonnabend. Infolge des morsch gewordenen Holzes durchbrach das Schleusentor, weshalb der Verkehr auf der Nehe eine Unterbrechung erfahren mußte. Die Wasserinspektion sorgte für eine schnelle Befestigung des Schadens.

Zu einem Zusammenstoß kam es Freitag gegen 10.45 Uhr abends in der Wilhelmstraße (M. Tschö) vor der Hauptwache zwischen der Straßenbahn und einem Auto. Das Auto wurde gegen den Bürgersteig gedrückt und schwer beschädigt, Personen kamen nicht zu Schaden.

Einen Unfall erlitt der 67jährige pensionierte Beamte Józef Krzyżanowski, Chausseestraße (Grunwaldzka) 22. Er stürzte so unglücklich auf das Pflaster, daß er sich das rechte Knie brach. Mit dem Rettungswagen wurde er in das Städtische Krankenhaus gebracht.

Feuer brach am Sonntag gegen 8 Uhr morgens in der Küche des Fleischermeisters Herdel, Thornerstraße 52, aus. Die herbeigerufene Feuerwehr konnte jede Gefahr im Laufe einer halben Stunde beseitigen.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Christuskirchendorf. Übungskunde Dienstag abend 8 Uhr. (9429 Bielawa heute, Montag, 8 Uhr: Sobat mater von Schubert. Zeitung: Dir. v. Winterfeld.) (1612)

Deutsches Generalkonsulat in Posen.

Generalkonsul Dr. Lütgens ist bis Mitte Mai beurlaubt und von Posen abwesend.

Theologische Prüfungen.

In der vergangenen Woche fanden vor der theologischen Prüfungskommission im Evangelischen Konsistorium in Posen die beiden theologischen Prüfungen statt. Zum ersten Examen hatten sich drei Kandidaten gemeldet, die alle drei die Prüfung bestanden. Es sind dies die beiden Posener Joachim Kompe und Horst Schulz und Gerhard Tieke aus Oliva. Die zweite Prüfung wurde ebenfalls von allen Kandidaten bestanden. Es hatten sich gemeldet: Hans Adolf Dietelkamp aus Kamin, Werner Korn aus Grzybow, Harald Kruska aus Thorn, Theodor Wielle aus Graudenz und Waldemar Proß aus Nikolai. Die Ordination der jungen Pastoren zum geistlichen Amt wurde bereits am Palmsonntag von Generalsuperintendent D. Blau in der Posener Kreuzkirche vollzogen.

Crone (Noronowo), 9. April. Einen tragischen Ausgang hatte ein nachbarschaftlicher Streit zwischen den Besitzern Smudejewski und Gurke in Wielomiel. Der Nachbarname soll von seinem Gelde einige Steine auf das Nachbarsfeld geworfen haben, worauf S. seinen Knecht dazu überredete, Gurke zur Nebe zu stellen. Zwischen dem Knecht und dem Landwirt Gurke kam es nun zu einem Streit, in dessen Verlauf Smudejewski in das Haus lief und mit einem Gewehr wieder auf dem Kampfplatz erschien. Er gab einen Schuß ab, traf aber nicht seinen Gegner, sondern

seinen eigenen Knecht, der tödlich getroffen zusammenbrach. S. wurde verhaftet.

Posen, 9. April. Beim Osterreitunmachen des Hansflurs stürzte das 18jährige Dienstmädchen Józefa Bocianowka von einer Stehleiter, die sie auf einen Tisch gestellt hatte, und erlitt außer anderen Beschädigungen einen Bruch des rechten Armes.

Wegen zahlreicher Obligationsschwierigkeiten wurde ein in der fr. Bülowsstraße 2 wohnhafter Ludwig Cierliński in Haft genommen.

Waclaw Krzajewski, Warschauerstraße 6 wohnhaft, hatte dem Kolonialwarengeschäft von Stanisław Fink, Schrodkamari 15, einen Besuch abgestattet und war mit Beute beladen nach Hause zurückgekehrt. Er wurde jedoch bald ermittelt und festgenommen.

Vor Hunger völlig erschöpft brach im Hansflur des Hauses fr. Bitterstraße 58 der 20jährige Julian Kuźniewski aus der Nähe von Posen ohnmächtig zusammen.

Infolge Versagens der Steuerung fuhr an der fr. Großen Berlinerstraße ein Personenkraftwagen gegen einen Baum, so daß der Motor schwer beschädigt wurde.

W Budewitz (Bogiedzi), 8. April. Dem Gutsbesitzer Schwarzkopf in Biskupic hiesigen Kreises wurden eine wertvolle Buchsbaum und Ferkel gestohlen.

ro Rogale (Rogozno), 8. April. Am Mittwoch, 5. d. M., fand im Hotel Tonn die diesjährige ordentliche Generalversammlung der im Jahre 1895 gegründeten Spar- und Darlehnskasse Rogale statt. Die stark besuchte, harmonisch verlaufene Versammlung zeigte von dem regen Interesse und dem wirklich genossenschaftlichen Geiste der Mitglieder. Der umfangreiche Geschäftsbereich und eine interessante Statistik veranschaulichten die günstige Entwicklung der Genossenschaft, trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Lage. Von dem Gewinn wurde ein Teil der Altershilfe, der Diakonissenstation sowie den Arbeitslosen überwiesen.

ss. Strelno (Strzelno), 7. April. Der lebte Vieh- und Pferdemarkt war nur mäßig besucht. Im ganzen waren 42 Kühe, 21 Pferde und 10 Ferkel zum Verkauf angeboten. Gutes Material sah man überhaupt nicht, und Geschäftsabschlüsse wurden nur wenige getätigt.

Im Zusammenhang mit den leichten Bränden in Bójcino und Jeziora Wielkie wurden im Laufe der polizeilichen Untersuchungen der Landwirt Józef Krzajewski, Stanisław und Enzwester Mojecki arretiert und ins hiesige Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Im hiesigen Standesamt wurden im Monat März d. J. 9 Geburten (8 männliche, 6 weibliche), 18 Todesfälle (10 männliche, 8 weibliche) und 1 Hochzeit registriert.

ss Tremeszen (Trzemeszno), 7. April. Unglücksfall oder Selbstmord. Am vergangenen Dienstag machte sich der 50 Jahre alte Arbeiter Bygmut Figas aus Lubin auf den Weg, um vom Postamt in Tremeszen eine rückständige Rente in Höhe von 900 Złoty abzuholen. Nachdem er das Geld abgehoben und einen Teil davon seiner Tochter eingehandigt hatte, begab er sich auf den Jahrmarkt, wo er einige Bekannte traf, mit denen er zusammen weilt. Diese begleiteten ihn dann noch bis vor seine Wohnung und kehrten wieder nach der Stadt zurück. Was später mit Figas geschah, ist unbekannt. Am nächsten Morgen wurden seine neuen Stiefel auf der Wiese des Landwirts Barb in Bystrzec und sein Handtuch schwimmend auf dem Wasser in einem Torfloch gefunden. Man begann im Wasser zu suchen, und nach kurzer Zeit fand man die Leiche und in den Taschen des Anzuges annähernd 300 Złoty, sowie die Uhr. Demnach wäre ein Raubüberfall oder ein Totschlag ausgeschlossen. Die Untersuchung wird ergeben, ob es sich nun um einen Unglücksfall oder Selbstmord handelt.

wi Wirsitz (Wyrzysk), 9. April. Am letzten Montag fand in Nekthal (Ostek) im Paderbischen Gasthouse unter Leitung des Rittergutsbesitzers Buettner-Friedrichshöhe eine von etwa 50 Mitgliedern besuchte Sitzung des Landwirtschaftlichen Vereins Wirsitz-Nekthal und Umgebung statt. Nach der Erledigung des geschäftlichen Teils sprach Diplomlandwirt Bußmann über das Thema „Wichtige Zeit- und Streitfragen in der Landwirtschaft“. Dem sehr interessanten Referat folgte eine äußerst rege Aussprache. Neugewählt wurden Rittergutsbesitzer Buettner-Friedrichshöhe zum Vorsitzenden und Gutsbesitzer Krüger-Eichfelde (Polanowo) zum stellvertretenden Vorsitzenden. Zum Schluss gab Geschäftsführer Jenner-Wirsitz noch Aufklärungen über das neue Waffen- und Munitionsgebot, über den Tarifvertrag und die neuen Sozialversicherungen.

Aus Kongresspolen und Galizien.

o Aleksandrowo, 9. April. Ein Großfeuer wütete im Dorfe Sinogać. Es brannten zwei große Scheunen des Besitzers Gustav Streich nieder. Der Schaden beträgt etwa 40 000 Złoty. — Feuer brach im Dorfe Sokoly bei dem Besitzer Walenty Jakala aus. Das Wohnhaus, die Scheune und alle übrigen Wirtschaftsgebäude wurden vernichtet. — Ebenfalls durch Feuer vernichtet wurde dem Besitzer Piotr Pilachowski in Przemyska das Wohnhaus. Mitverbrannt ist das ganze tote Inventar. Der Schaden ist bedeutend. — In Witkowice verhinderte Feuer das ganze Anwesen des Besitzers Andzej Skaraffski. — Infolge unvorsichtigen Umganges mit Feuer entstand bei dem Landwirt Szczępan Kamiński in Koźno ein Brand, der die Scheune und den Stall in Asche legte. Der Schaden wird auf 8000 Złoty geschätzt. — Durch eine verheerende Feuersbrunst verlor der Bauer Jan Janasiuk in Dobronka seine sämtlichen Gebäude. Der Verlust ist um so empfindlicher, da der Abgebrannte nur sehr niedrig versichert war.

Einen Raubüberfall verübten drei maskierte Banditen auf den Besitzer Mieczysław Jaroszki in Sosnowice. Unter Bedrohung mit einer Waffe rannten sie ihm 300 Złoty und entkamen.

Unter einen Eisenbahngang geriet der Kötner Gustav Streich aus Lyck mit seinem Fuhrwerk. Dem Betungsfesten wurden etliche Rippen gebrochen.

o Ciechocinek, 9. April. Einen grauenhaften Selbstmord beging die 50jährige Barbara Dziedzic. Mit einem Küchenmesser schnitt sie sich den Leib auf und tötete sich mit einem Stich in das Herz.

Chef-Redakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Starke; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heppel; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygrodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann L. o. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 88/84

Richtig

ist die Original-Packung



Diese bietet dem Käufer die Sicherheit dafür, daß er das erhält, was er kennt und schätzt.

125 GRAMM

1.10

zt

NACHTIGAL-KAFFEE

seit 1897 bekannt u. geschätzt

Original-Packung à 125 Gramm:

Nr.	14	16	18	20	22	24	28	32	36	40
Zt.	0.65	0.75	0.85	0.90	1.00	1.10	1.30	1.45	1.60	1.80

Am 7. April verstarb unser langjähriges Mitglied und Mitbegründer unserer Ortsgruppe, Herr Schneidermeister Fritz Darda.

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Wirtschaftsverband städt. Berufe Abt. Handwerk.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 11. April, nachmittags 4 Uhr, auf dem neuen evang. Friedhof statt.

Zum Osterfest geöffnete Damenbüte zu billigen Preisen.

Geschwister Brähmer.

Poln. Konversation bei gebildet. Warschauerin. Öfferten unter N. 1470 a. d. Geschl. d. Zeitg. erb.

Ertelle poln. Unterricht gegen französischen. Gefl. Öfferten unt. N. 1425 an d. Gt. d. Ztg.

1426 Jactae 3. W. 3.

Zu vermietenes großes

Vestanto, 6 m Lade-

fläche, zu allen Trans-

porten, Umzügen usw.

Schwarz, Sobieski 2.

Tel. 2323. 1427

Pelikan-Kohlenpapier

Pelikan-Farbbänder

Pelikan-Tinten

Pelikan-Farben

sind

Qualitäts-Erzeugnisse

und nicht teuer

A. Dittmann T. z o. p.

Papier u. Schreibwaren

Büroartikel

Marsz. Focha 6 Tel. 61

1830

Geschwister Brähmer.

Poln. Konversation bei

gebildet. Warschauerin.

Öfferten unter N. 1470

a. d. Geschl. d. Zeitg. erb.

Ertelle poln. Unterricht

gegen französischen.

Gefl. Öfferten unt. N.

1425 an d. Gt. d. Ztg.

1426 Jactae 3. W. 3.

Zu vermietenes großes

Vestanto, 6 m Lade-

fläche, zu allen Trans-

porten, Umzügen usw.

Schwarz, Sobieski 2.

Tel. 2323. 1427

Schaufensterkarton

Dekorationspapier

Kinopapier

Krepprollen

Plakatkarton

Plakatfarben

Schriftschablonen

grüne Papierwolle

B

A. Dittmann T. z o. p.

Papier- und Schreibwaren / Büroartikel

Marsz. Focha 6 - Tel. 61

Herrat

Wo findet Reichs-

deutsch, passende Dame

zwecks Heirat?

Bin Landwirtsl., evgl.

ledia, 39 J. Vermögen

v. 5000 M. Ist vorhand.

Gefl. Zuschr. u. N. 3384

a. d. Geschl. d. Zeitg. erb.

Ertelle poln. Unterricht

gegen französischen.

Gefl. Öfferten unt. N.

1425 an d. Gt. d. Ztg.

1426 Jactae 3. W. 3.

Zu vermietenes großes

Vestanto, 6 m Lade-

fläche, zu allen Trans-

porten, Umzügen usw.

Schwarz, Sobieski 2.

Tel. 2323. 1427

Gutsbeamter

40 J. evgl. in sicherer

Stell., 25000 M. Verm.

sucht m. geb., ges. Dame

m. Verm., nicht unt. 30,

in Briefw. zu treu. aw.

Heirat. Zuschr. mit

Bild u. N. 3423

a. d. Geschl. d. Zeitg. erb.

Ertelle poln. Unterricht

gegen französischen.

Gefl. Öfferten unt. N.

1425 an d. Gt. d. Ztg.

1426 Jactae 3. W. 3.

Zu vermietenes großes

Vestanto, 6 m Lade-

fläche, zu allen Trans-

porten, Umzügen usw.

Schwarz, Sobieski 2.

Tel. 2323. 1427

Lebensgefährtin

bis 32 J. Vermög. erw.

evtl. Vermittl. Angeh.

angenehm. Zukriften

mit Bild unter N. 1566

a. d. Geschl. d. Zeitg. erb.

Ertelle poln. Unterricht

gegen französischen.

Gefl. Öfferten mit

Bild unter N. 1568 an d.

Geschl. d. Zeitg. erb.

Ertelle poln. Unterricht

gegen französischen.

Gefl. Öfferten mit

Bild unter N. 1568 an d.

Geschl. d. Zeitg. erb.

Ertelle poln. Unterricht

gegen französischen.

Gefl. Öfferten mit

Bild unter N. 1568 an d.

Geschl. d. Zeitg. erb.

Ertelle poln. Unterricht

gegen französischen.

Gefl. Öfferten mit

Bild unter N. 1568 an d.

Geschl. d. Zeitg. erb.

Ertelle poln. Unterricht

gegen französischen.

Gefl. Öfferten mit

Bild unter N. 1568 an d.

Geschl. d. Zeitg. erb.

Ertelle poln. Unterricht

gegen französischen.

Gefl. Öfferten mit

Bild unter N. 1568 an d.

Geschl. d. Zeitg. erb.

Ertelle poln. Unterricht

gegen französischen.

Gefl. Öfferten mit

Bild unter N. 1568 an d.

Geschl. d. Zeitg. erb.

Ertelle poln. Unterricht

gegen französischen.

Gefl. Öfferten mit

Bild unter N. 1568 an d.

Geschl. d. Zeitg. erb.

Ertelle poln. Unterricht

gegen französischen.

Gefl. Öfferten mit

Bild unter N. 1568 an d.

Geschl. d. Zeitg. erb.

Ertelle poln. Unterricht

gegen französischen.

Gefl. Öfferten mit

Bild unter N. 1568 an d.

Geschl. d. Zeitg. erb.

Ertelle poln. Unterricht

gegen französischen.

Gefl. Öfferten mit

Bild unter N. 1568 an d.

Geschl. d. Zeitg. erb.

Bromberg, Dienstag den 11. April 1933.

Pommerellen.

11. April

Graudenz (Grudziądz).

Wirtschaftsverband städtischer Berufe.

Die Abteilung „Handel und Industrie“ der Ortsgruppe Graudenz des Wirtschaftsverbandes städtischer Berufe hielt Freitag abend im „Goldenem Löwen“ eine Mitgliederversammlung ab. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden, Fabrikbesitzer Adolf Domke, erstattete Drogeriebesitzer Abramowit Bericht über die Hauptversammlung in Bromberg. Da hierüber schon eingehend in der Presse berichtet worden ist, konnte sich der Referent kurz halten. Als besonders erfreulich hob er die auf der Haupttagung in Bromberg getretenen, fruchtbildende Einmündigkeit, sowie den für Graudenz besonders wichtigen Beschluss hervor, daß die hiesige Geschäftsstelle weiterhin hierorts belassen würde. Der Vorsitzende wies wieder einmal bedauernd darauf hin, daß die Graudenser Geschäftsstelle viel zu wenig in Anspruch genommen werde, obwohl sie in jeder Hinsicht trefflich arbeite und zuverlässigste Auskünfte erteile (besonders in Steuer- und Gesetzesfragen).

Sodann erfolgte die Wahl von Vertrauensleuten der einzelnen Branchen. Hierbei kam zum Ausdruck, daß leider viele der deutschen Geschäftsführer der Ortsgruppe fernstehen, was außerordentlich bedauerlich sei. Beschlossen wurde weiter, in einigen Fragen, wie der Ausschreibung des Handels mit Zuckerwaren, der eigentlich nur in den Märkten benachbarten Straßen zulässig sei, auf den großen Marktplätzen selbst, ferner der Zulassung mehrerer Geschäftssonntage vor den großen Feiern und der Aufhebung oder wenigstens Herabsetzung der 30-Groschen-Gebühr für telephonische Anrufe, im Einvernehmen mit den hier in Betracht kommenden Handelskorporationen an die zuständigen Stellen heranzutreten.

Über neue Gesetze machte sodann Geschäftsführer Bart Graudenz die wichtigsten Mitteilungen. Zunächst über das neue Gewerbeabgabegesetz, das am 1. April d. J. in Kraft getreten ist, ferner über das gleichfalls am 1. 4. d. J. ins Leben getretene neue Gesetz über den Arbeitszonon, durch das die Staatspräsidiale Verordnung vom 23. 8. 32 aufgehoben worden ist. Alle bisherigen Gebühren zugunsten des Fonds seien übernommen worden, ausgenommen diejenigen für die Mietabgabungen und die Safes. Besonders einschneidend ist die Bestimmung, daß alle Gehalts- und Lohnempfänger 1 Prozent ihrer Beilage zu zahlen haben. Ebenso ist von den Arbeitgebern 1 Prozent des von den Angestellten und Arbeitern bezogenen Lohnes zu zahlen. Auch von Renten und Pensionen, soweit sie mehr als 59 Złoty monatlich betragen, wird die neue 1prozentige Gebühr erhoben; ausgenommen sind die Kriegsinvaliden-Rentner. Befreit von der Gebührenzahlung sind die Arbeiter in der Landwirtschaft, sowie Personen, die ein Gewerbeabonnement 8. Kategorie lösen. Die Arbeitgeber haben die Gebühr an die Krankenkasse zu entrichten. Seim- und Senatsabgeordnete zahlen 1 Prozent ihrer Diäten, Notare, Gerichtsvollzieher und (vom Minister noch näher festzulegende) freie Berufe ebenfalls 1 Prozent ihres Einkommens. Hier wird die Gebühr zusammen mit der Einkommensteuer erhoben. Personen, die Lantesteine beziehen, zahlen hiervon 2 Prozent. Von den Hausbesitzern wird eine Gebühr von 0,5 Prozent von der erhaltenen Miete erhoben, wobei die Miete von 1 und 2-Zimmer- (Räumen) Wohnungen belastungsfrei ist. Die Gebühr von Eintrittskarten wird nunmehr schon von einem Betrage von 26 Groschen an erhoben (auch von sportlichen Veranstaltungen). Gebührenfrei sind die Eintrittskarten für wissenschaftliche, erziehliche usw. Veranstaltungen. Schließlich gab der Referent noch ein vom Finanzministerium unter dem 9. März d. J. erlassenes Rundschreiben bekannt. Danach werden bei der Lösung von Gewerbeabonnementen für Handels- und Gewerbebetriebe, bei denen die Kategorie des Patents von der Zahl der beschäftigten Personen abhängt, Lehrlinge, die auf Grund eines schriftlichen Vertrages im Sinne des Gewerbeabgabegesetzes gehalten werden, nicht mitgezählt. In Unternehmungen des Warenhandels, die Gewerbeabonnement der 3. und 4. Kategorie lösen müssen, werden als Handelsangestellte nur solche Personen (auch Familienmitglieder des Inhabers) betrachtet, die im Unternehmen mit einer dessen tatsächlichen Charakter entsprechenden Tätigkeit beschäftigt werden. Infolgedessen gelten Laufbüros und Aufwärter nicht als Handelsbeschäftigte. Bei der Klassifizierung der gewerblichen Unternehmen, die unter die 18. und 19. Abteilung des Tarifs fallen, werden Inhaber und Familienmitglieder nur bei den Betrieben mit 8. Patentkategorie als Arbeiter mitgezählt. Bei Unternehmen mit höherer Kategorie erfolgt ihre Mitzählung nicht. Wenn das Unternehmen grundsätzlich weder zur 8. noch 7. Kategorie gehört, dann wird es als zur 8. Kategorie gehörig angesehen.

Der Vorsitzende dankte warm dem Referenten. Es schloß sich an den Vortrag noch eine Aussprache, in der noch manche andere bedeutungsvolle Angelegenheit zur Erörterung gelangte. Zu wünschen gewesen wäre der Versammlung eine größere Teilnehmerzahl.

Arbeitslosen-Unruhen vor Gericht.

Im Februar d. J. kam es gelegentlich der Auszahlung von Unterstützungen an Erwerbslose im Bureau des Wege-meisters Rohbeck in Kl. Tarpen zu Ausschreitungen. Polizei mußte herbeigerufen werden, die Ordnung schaffte. Später des gleichen Tages kamen der Tarpener Polizei-reviervorsteher Goerke und drei weitere Polizeibeamte zur Wohnung der Brüder Mróz, die bei den Unruhen aggressiv aufgetreten waren und besonders den Kreiswege-beamten Droszki, der bei der Ausszahlung beteiligt war, angegriffen hatten. Den Beamten, die die beiden Mróz zur Protokollierung holen wollten, wurde Widerstand geleistet. Bronislaw Mróz versuchte mit einer Axt den Polizeibeamten Goerke zu schlagen. Sodann warf Bronislaw Mróz mit einem eisernen Herd nach dem Beamten. Außer Bronislaw Mróz griffen auch die anderen im Zimmer Besindlichen, sein Bruder Stefan, ferner A. Lipowski, Josef Kawnowski, Jan Prochowicz sowie der Vater der Mróz, Michael Mróz, die Polizisten Goerke und Günther an, brachten ihnen nicht unerhebliche Verletzungen bei und versuchten ihnen die Rettung zu entreißen. Es blieb nichts anderes

fübrig, als ein stärkeres Polizeiaufgebot zu holen, das dann die Täter verhaftete. Außer den Genannten hatten sich nun am Freitag noch Jan Kowalski und Fr. Rosiewicz vor der Strafkammer zu verantworten. Die Verhandlung endete zwecks Vernehmung weiterer Zeugen mit ihrer Ver-tagung auf Montag.

Das städtische Bauamt hat die Unterhaltung der Pappdächer der städtischen Gebäude für die Dauer von zwei Jahren zu vergeben. Oferen sind in versiegelten Umschlägen mit entsprechender Aufschrift bis zum 14. April, 10 Uhr vormittags, dem Bauamt einzureichen.

Der Sonnabend-Wochenmarkt wies besonders viel Gier auf, für die 0,90–1,00 gezahlt wurden. Dagegen war Butter aber recht rar und teuer; konnte man sie früh noch für 1,50 kaufen, so kostete sie später 1,70–1,80, Weißkohl 0,15 bis 0,20, Äpfel 0,70–1,00, Apfelsinen 0,40–0,80, Zitronen 0,10, Salat Köpfchen 0,15–0,20, Spinat 0,30–0,60, Radisches 0,15, Rhabarber 0,40, Schnittlauch 0,20–0,25, Weißkohl 0,10, Rotkohl 0,15–0,20, Rosenkohl 0,40, Brüfen, Mohrrüben, rote Rüben je 0,10, Zwiebeln 0,20, Kartoffeln, deren Zufuhr recht gut war, kosteten 2,00–2,50 pro Zentner, pro Pfund 0,03, ein Bündchen Grünzeug 0,10–0,20; junge Tauben pro Paar 1,20–1,30, alte Hühner 2,30–3,50, Puten pro Stück 9–12,00, Gänse pro Pfund 0,80. Auf dem Fischmarkt waren die Fische auch im Preise etwas gestiegen und nur wenig vorhanden; es gab Hechte zu 1,00, große Bressen 1,20, Alquauppen 1,00, Plätze 0,35–0,40, Flundern 0,40, Heringe 0,30–0,35, Breitlinge 0,10–0,15, Sprotten 0,30 bis 0,40, Büddlinge 0,25 das Stück. An den Blumen- und Samenständen wurde Saat viel begehr, Blumen waren weniger gekauft, dafür mehr Osterrüben, Palmblätter je Bündchen 0,05, Veilchen, Leberblümchen, Anemonen (0,10). *

Nette Geselligkeit. Ein Mann aus Hermannsdorf (Skape), Kreis Thorn, mache in Graudenz die Bekanntschaft einer weiblichen Person, die ihm ein Nachtlager gewährte. Als er am nächsten Tage auf dem Bahnhof eine Fahrkarte lösen wollte, mußte er die betrübliche Wahrnehmung machen, daß ihm seine Bartschaft von 150 Złoty abhanden gekommen war. Zweifellos war er einer unehrlichen Person in die Hände gefallen. Die Polizei soll diese, die verschwunden ist, jetzt aufzufinden machen.

Thorn (Toruń).

Die Orchester-Abteilung des „Deutschen Heims“ kann in diesem Frühjahr auf ein 12jähriges Bestehen zurückblicken. Zur Feier dieses Tages hatte der Verein „Deutsches Heim“ zu einem Jubiläums-Konzert eingeladen, das die auf 14 Herren verstärkte Kapelle im Theatersaale gab. Gleich beim Aufgehen des Vorhangs grüßte herzlicher Beifall das in feierlicher Schwarz erschienene Orchester. Seine Besetzung war: Flügel, Harmonium, fünf erste und zweite Violinen, Cello, Kontrabass, Flöte, Klarinette, Trompete, Posaune, Schlagzeug und Kesselpauken.

Unter der bewährten Leitung seines jetzigen Dirigenten und ersten Geigers, Herrn Felix Bednarzki, erklang die Suppésche Ouvertüre „Leichte Kavallerie“, die die Einleitung der acht Nummern umfassenden Vortragsfolge bildete. Dann fand die Suite II „Arlésienne“ von Bizet (4 Sätze: Pastorale, Intermezzo, Menuetto, Farandole), die teilweise erhebliche Ansprüche an alle Instrumente stellt, eine anerkennenswerte Wiedergabe. Der zweite Programmteil wurde durch ein Potpourri aus dem Singspiel „Das Dreimäderlhaus“ von Schubert-Berthold eingeleitet; es folgten unter Verwendung großer und kleiner Glocken der Konzert-Vorson „Vineta-Glocken“ von Lindsay-Theimer und dann die Phantasie aus der Oper „Aida“ von Verdi. Der dritte Teil, „Musikalische Fidelitas“, brachte das Urbachsche Viederpotpourri „Vom Rhein zur Donau“ und von Kermbach das Walzerpotpourri „Wir walzen“ und ein „Rheinländerpotpourri“. Die Zusammenstellung der Vortragsfolge läßt erkennen, daß das Orchester jede Art guter Musik pflegt und schloß auch eine Ermündung des Publikums aus. Der Beifall fiel ungewöhnlich stark aus und ebenso wurde die beachtenswerte Orchesterdisziplin allgemein anerkannt. Die Kapelle dankte für den leidenschaftlichen Applaus und verschiedene Da capo-Akuse durch die Zugabe dreier althistorischer und vertrianter Märkte.

Nach dem Schluß der Konzertfolge wurden die Stuhlräume im Saale entfernt und nach der erfolgten Aufstellung von Tischen blieb man noch bis gegen 2 Uhr gesellig beisammen, durch alte und neue Tanzweisen der wackeren Musika-Jünger ans bestre unterhalten.

Zum Schluß sei noch etwas aus der Geschichte der Orchester-Abteilung vermerkt. Sie wurde im Jahre 1921 durch einige Mitglieder des Rudervereins begründet, machte infolge der massenhaften Abwanderung schwere Zeiten durch, trat dann später als „Liebhaber-Orchester“ erneut vor die Öffentlichkeit, um sich dann als Orchester-Abteilung der Deutschen Bühne und endlich vor ein paar Jahren dem „Deutschen Heim“ als lose Vereinigung anzuschließen. Ihre Gründer, von denen nur noch zwei hier

anwesend sind und auch mitwirkten, haben damals auch das Fundament für die Deutsche Bühne Thorn gelegt, indem sie hier und in der näheren Umgebung Propaganda-Konzerte für die Gründung einer Bühne veranstalteten und die ihnen gespendeten Beträgen nicht restlos für den Notenfonds, sondern für eine kräftige Werbeaktion zu Gunsten einer eigenen Bühne verwandten.

Wir wünschen der Orchester-Abteilung des „Deutschen Heims“ von Herzen weiteres Wachsen, Blühen und Gedeihen! Sie hat uns in den zwölf Jahren ihres Bestehens schon viele fröhliche und erhebende Stunden bereitet und möge es auch in Zukunft so halten! O. **

Ein „schöner“ Schulausflug.

Anlässlich des „Festes des Baumwollanbantes“ wurden am 4. April etwa 350 Kinder aus den hiesigen Gemeindeschulen auf einem Frachtahn, der von dem Fährdampfer „Victoria“ geschleppt wurde, nach Scharnau (Czarnowo) hiesigen Kreises gebracht. Infolge starker Verzögerung bei der Abschaffung man dort nicht programmäßig gegen 11 Uhr vormittags, sondern erst gegen 3 Uhr nachmittags ein. Am Landungs-orte erwartete die Kinder ein etwa einstündiger Fußmarsch, um zu dem Pflanzungsort zu gelangen. Nach dem Fest wurde bei anbrechender Dämmerung der Rückmarsch zur Weichsel angetreten, der durch aprilmäßige Regenfälle sich recht abwechselungsreich gestaltete. Gegen 7 Uhr lichtete die „Victoria“ den Anker und „stach in See“. Bei dem hohen Wasserstande konnte ihre Maschine den schwerbeladenen Schleppahn nur mühsam stromauf ziehen. Dunkelheit und Kälte senkten sich über den Weichselstrom und am Ufer in Thorn standen frierend Väter, Mütter, ältere Geschwister und Tanten der Kinder, um sie in Empfang zu nehmen und nach Hause zu geleiten. Der Schleppzug kam und kam aber nicht in Sicht. Gegen 9 Uhr abends traf der Burgstarost persönlich am Weichselufer ein und kurz darauf folgte auch der Herr Wojewode, die von dem Aussbleiben der Ausflügler Nachricht erhalten hatten. Man bemühte sich, einen Dampfer zu chartern, der der „Victoria“ zur Hilfe eilen sollte. Inzwischen bestiegen ein Polizeibeamter und ein anderer Herr ein Motorboot, um dem Transport entgegenzufahren und nach dem Grunde der Verzögerung zu forschen. Es wurde 10 Uhr, es wurde 11 Uhr, und weder kamen das Motorboot noch der Dampfer in Sicht. Endlich machte der kleine „Henryk“ Dampf auf und fuhr den nachdunklen Strom hinunter. Er erreichte die schwer schleppende „Victoria“, warf selbst ein Schleppseil zu dem „Frachtahn“ über und nun schafften es beide Dampfer langsam aber sicher, die Last stromaufwärts zu ziehen. Am Stadtufer hörten die aufgeregten und verängstigten Eltern die mitternächtliche Stunde vom Rathaussturm schlagen, sie hörten gleichfalls die erste Morgentunde schlagen, und dann mußten sie noch eine 1/4 Stunde warten, bis der Transport endlich anlegte und die frierenden und hungrigen Kinder ihnen um den Hals flogen. Man eilte schlüssig nach Hause, um die Kinder ins Bett zu packen, ihnen heißen Tee einzufüllen und etwas zu essen zu geben. Viele Kinder waren aber mit bei dem Ausflug, die in der Nacht von niemand ihrer Angehörigen erwartet wurden, darunter sogar solche aus Rudak (linkes Weichselufer). Polizeibeamte nahmen sich ihrer aufopfernd an und geleiteten sie alle sicher zu den zu Hause in Sorge wartenden Eltern.

Dass die Organisatoren dieses „Ausflugs“ von den um die Gesundheit ihrer Kinder bangenden Eltern nicht mit sanften Worten verurteilt wurden, davon konnte sich der überzeugen, der mit an der nächtlichen Weichsel stehend die Rückkehr erwartete. *

Standesamtliche Nachrichten. Im der Woche vom 26. März bis 1 April gelangten beim Thorner Standesamt zur Anmeldung: 32 eheliche Geburten (21 Knaben und 11 Mädchen), 2 uneheliche Geburten (Mädchen), 14 Todesfälle (je 7 männliche und weibliche), darunter 6 Personen im Alter von über 60 Jahren und 3 Kinder im ersten Lebensjahr. In demselben Zeitraum wurden 2 Eheschließungen vollzogen.

Öffentliche Ausschreibung. Der Magistrat Thorn schreibt für den 20. April 1933, nachmittags 1 Uhr, die Vergabeung der laufenden Arbeiten (für Maurer, Zimmerleute, Maler, Glaser, Dachdecker, Klempner und Töpfer) in den städtischen Gebäuden gemäß den vom Magistrat gelieferten General-Preislisten öffentlich aus. Diese Preislisten-blankets sind im Technischen und Bauwureau (Rathaus, Zimmer 44) gegen vorherige Entrichtung der Gebühr (5 Złoty für Maurer-, Zimmer- und Maler-Preislisten und 3 Złoty für die übrigen) bei der Stadthauptkasse (Zimmer 32) erhältlich. Die Oferen sind versiegelt in Zimmer 44 einzureichen. Freie Wahl unter den Oferenten bleibt vorbehalten.

Die Direktion der Wasserwege in Thorn (Dyrekcja Dróg Wodnych w Toruniu), die bisher selbständig war, ist jetzt dem Wojewodschaftsamt als „Wasserabteilung“ (Wydział wodny) angeschlossen, untersteht dem Verkehrsministerium und umfaßt das Gebiet der pommerellischen Wojewodschaft. Die Verwaltung aller Wasserwege in Pommerellen wurde in drei staatliche „Wasserverwaltungen“ (Państwowe Zarządy Wodne) in Thorn, Culm und Dirschau

unterteilt. Der Verwaltung in Thorn untersteht die Weichsel ab Kilometer 684 (unterhalb Włockawie) bis Kilometer 787 (Nähe Gorden), der in Culm ab Kilometer 787 bis Kilometer 849 (bei Neuenburg) und der in Dirschau ab Kilometer 849 bis Kilometer 914 (Czajkowo, 6 Kilometer unterhalb Dirschau). Außerdem obliegt der Dirschauer Verwaltung die Deichaufsicht in der Masurenburger Niederung.

Ein Ausstellung des Thorner Handwerks wird im Zusammenhang mit der 700-Jahrfeier der Stadt in der Zeit vom 1. Juni bis Ende September in der städtischen Ausstellungshalle am Biegeleipark stattfinden. Das Ausstellungskomitee erbat Anmeldungen von Lehrlings-, Gesellen- und Meisterstücken aller Handwerksarten sobald als möglich an Baumeister F. Bachul, Brückenstraße (ulica Mostowa) 14, zu richten. Die Stände, die kostenlos abgegeben werden, werden nach der Größe und der Anzahl der Ausstellungssobjekte bemessen.

Vom Appellationsgericht. Am Mittwoch wurde der vor zwei Wochen verlagte Berufungsprozeß gegen den Vorsteher des Finanzamts in Culmsee, Kujawa, sowie gegen den Steuereinzieher Wiczkowski und die Finanzbeamten Srebrnicki und Lukasik wegen der bekannten Missbräuche und Unterhälftungen im Amt fortgesetzt. Dabei wurden die Ehefrau und das Haussmädchen des Erstgenannten als Zeugen vernommen, die irgend etwas Wichtiges jedoch nicht brachten. Dem Antrag der Verteidigung, weitere Zeugen zu vernehmen und vom Culmsee Finanzamt die laufenden Steuerbücher für das Jahr 1931 somit die Exekutionsakten Durczewski anzufordern, wurde stattgegeben und die Verhandlung vertagt. Auf der Station Serok war es im Oktober v. J. zu einer Entgleisung gekommen, wobei einige Güterwaggons umkippten und beschädigt wurden. Der verantwortliche Verkehrsteil Jan Sierant stand deswegen vor dem Graudenz Bezirksgericht, das ihn zu einem Monat Arrest mit Strafantrich verurteilte. Dies Urteil wurde vom Appellationsgericht als Berufungsinstanz bestätigt.

Diebstahlschönkel. Aus dem Speicher des Kaufmiers Kuklinski, Culmer Chaussee (Szosa Chelmińska) 171, wurde für etwa 140 Zloty Weizen gestohlen. — Dem Jan Borowski, Maurerstraße (ul. Podmurna) 28, wurde auf dem Bahnhof ein Koffer mit Inhalt im Werte von 100 Zloty entwendet. — Dem mit Notstandarbeiten beschäftigten Erwerbslosen Stanisław Niemczak, Schlachthausstraße (Przy Rzeźni) 56, verschwand ein Fahrrad, das er sich geliehen hatte. Es trug die Registriernummer 322. — Ebenso wurden Bronislav Wiczkowski aus Bieckowka, Kreis Culm, und Teodor Orłowski aus Thornisch-Pawau um ihre Fahrräder bestohlen, die im Hause der Pommerschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft und in der Culmerstraße (ul. Chelmińska) abgestellt waren.

Wegen Betruges mit Dollarobligationen sowie wegen Wäschediebstahls wurde am Freitag je eine Person verhaftet und dem Bürgergericht zur Bestrafung zugeführt. — Zur Anzeige gelangten fünf kleine Diebstähle und ein versuchter Einbruch, zur Protokollierung nicht weniger als 16 Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften und zwei Verstöße gegen sittenpolizeiliche Bestimmungen.

Berent (Koscierzyna), 4. April. Durch Unvorsichtigkeit brannten neulich mittag dem Kärtner Jan Lipiński in Stary Bubomiel hiesigen Kreises Wohnhaus und Scheune, unter einem Dache befindlich, nieder. Gleichzeitig wurde das tote Inventar vernichtet, so daß ein Schaden von rund 3200 Zloty entstanden ist, der nicht durch Versicherung gedeckt ist. Die 17 Jahr alte Tochter Helena hatte einen Feuerrost aus dem Backofen auf den Müllhaufen gebracht, hier entfachte der starke Wind die Glut von neuem, die dann das verheerende Unglück verursachte.

Briesen (Wahrzeino), 9. April. Feuer brach aus bisher unbekannten Gründen bei dem Händler Czarnota in Lopatows aus. Dank dem raschen Eingreifen der Nachbarn konnte ein Übergreifen des Feuers auf umliegende Gebäude verhindert werden. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Gdingen (Gdynia), 9. April. Zu Stadtverordneten sind vom Ministerium ernannt worden: Direktor Kawczyński, Ing. Prochaska, Rechtsanwalt Chudzinski, J. Grubba, J. Rataj, Dr. Kasprzak, Dr. Dzis, B. Nowacki, Brief und Mistat. Bekanntlich setzt sich das Stadtparlament aus 20 Mitgliedern zusammen, wovon 10 gewählt und 10 ernannt werden.

Wegen Wahlvergehens hatte sich gestern der 20jährige Student W. Maliszak vor Gericht zu verantworten. Während der Stadtverordnetenwahlen hatte er sich als ein Kozłowski ausgegeben und unter diesem Namen gewählt. Der Angeklagte, der seine Tat als Studentenstreit hinstellte, wurde zu 20 Zloty Geldstrafe verurteilt.

Der Stadt. Schutzenberg, der sich vor Gericht wegen Veröffentlichung mehrerer Artikel in einer Tageszeitung über die Wirtschaft des MTK zu verantworten hatte, wurde zu 2 Monaten Gefängnis mit Strafantrich auf 3 Jahre verurteilt. Der Angeklagte legte Revision ein.

Gdingen (Gdynia), 7. April. Selbstmord beging die 21jährige Franziska Dehlaß, indem sie eine größere Menge Essigessenz zu sich nahm. In hoffnungslosem Zustand wurde sie ins Krankenhaus überführt.

Ein interessanter Prozeß begann heute vor dem Bürgergericht. Angeklagt ist der Stadtverordnete Schutzenberg wegen Veröffentlichung mehrerer Artikel in einer Tageszeitung über die Wirtschaft des MTK in der städtischen Verfachgesellschaft. Der Prozeß dürfte mehrere Tage dauern.

Vom Autoüberfahren wurde heute in der Danzigerstraße der 10jährige Schüler Józef Kortas, vor schweren inneren Verletzungen davontrug.

tz. Konitz (Chojnice), 8. April. Der Wirtschaftsverband städtischer Berufe hielt gestern in der Konditorei Penke seine Jahreshauptversammlung ab. Nach der Begrüßung der neu aufgenommenen Mitglieder durch den stellvertretenden Obmann Butt gab der Schriftführer Steinbühler den Jahresbericht. Herr Rosch berichtete darauf über das Ergebnis der zwischen dem Wirtschaftsverband städtischer Berufe und dem Verein Selbständiger Kaufleute gepflogenen Verhandlungen über die Zusammenlegung der von beiden Vereinen abgehaltenen Sitzungen. Da diese Verhandlungen nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt haben, wird der Verein Selbständiger Kaufleute in Zukunft zu seinen regelmäßigen Sitzungen die Mitglieder des Wirtschaftsverbandes als Gäste einladen. Herr Bruno Riedel berichtete darauf in einem längeren Vortrage über die in Bromberg stattgefundenen Delegierten- und Generalversammlung des Wirtschaftsverbandes städtischer Berufe

und über die von der hiesigen Ortsgruppe eingebrachten Anträge. Es entpann sich darüber eine längere Debatte, die manchen wertvollen Aufschluß über die Organisation und Tätigkeit des Verbandes gab. Bei der Erstwahl des Vorstandes wurde zum Obmann Herr Wilhelm Schulz gewählt, der auch die Wahl annahm. Unter Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, an die Hauptgeschäftsstelle das Ersuchen zu richten, daß von ihr aus die vom Verein Selbständiger Kaufleute eingereichten Gesuche um Freigabe des zweiten Sonntags vor Weihnachten für den Warenverkauf in den Geschäften und um Ermäßigung der Telefongebühren wirkungsvoll unterstützt werden.

Wegen Dokumentenfälschung wurde von dem Konitzer Bezirksgericht, Sigmund Siniacki aus Lubiewo, Kreis Tuchel, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Fahrräder wurden gestohlen: Franz Skuczynski aus Czerst ein Herrenfahrrad, D. Tylicki aus Czerst ein Herrenfahrrad, aus der Posorischen Scheune aus Czerst ein Herren- und ein Damensfahrrad.

tz. Konitz (Chojnice), 9. April. Der Haus- und Grundbesitzerverein Konitz hatte am Sonntag seine Mitglieder zu einer außerordentlichen Sitzung ins Hotel Engel einberufen. Die Versammlung war gut besucht, aus Tuchel war ein Delegierter erschienen und ferner der Vorsteher des Hausbesitzervereins Graudenz, Sejmabgeordneter Mazur und ein weiteres Graudenzser Vorstandsmitglied Hevelke. Der Vorsteher Witecki begrüßte die Erschienenen und gedachte des verstorbenen Mitglieds Blech, dessen Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Darauf ergriff Herr Mazur das Wort zu einem 1½stündigen Referat über allgemein interessierende Fragen. Da ein großer Teil der Erschienenen nicht der polnischen Sprache mächtig war, zog es dieser vor, das Ende des langen Referats nicht abzuwarten. Zum Schluß wurde eine Resolution gegen die neuen Steuerprojekte gefaßt und um eine Milderung der bestehenden schweren Abgaben gebeten. Inzwischen war das Häuschen der noch im Saal Verbliebenen so klein geworden, daß die Besprechung der übrigen auf der Tagesordnung stehenden Punkte bis zur nächsten Sitzung vertagt wurde.

p. Neustadt (Wejherowo), 8. April. Auf dem heutigen Wochenmarkt kosteten Kartoffeln 2—2,50, Eier 0,90—1,00, Butter 1,40—1,80. Ferkel brachten je nach Alter und Güte 10—20 Zloty das Stück.

p. Neustadt (Wejherowo), 7. April. Die Bäckerinnung für Neustadt und Umgegend hielt gestern nachmittag im Vereinslokal Goerigk ihre Quartalszählung bei recht guter Beteiligung der Mitglieder ab.

Auf dem hiesigen Standesamt wurden in der Zeit vom 16. bis 31. März 34 Geburten, 8 Todessfälle und 1 Scheidung gemeldet.

Gestohlen hatten von einem Buge die Arbeiter Stanisław Gondek und Lucjan Poniarzki in Orlowo fünf Zentner Kohlen, welche ihnen bei einer Haussuchung abgenommen wurden.

Aus dem Laden von Zywicki in Koszalin wurden durch Einbruch Waren für etwa 110 Zloty entwendet. Die Diebe sind unerkannt entkommen.

f. Strasburg (Brodnica), 5. April. Diebe drangen in einer der letzten Nächte in die Molkerei des Herrn Michalski in Karbow ein und stahlen 12 Kilogramm Butter. Die Diebe sind unerkannt entkommen.

Gestohlen wurden in der vergangenen Woche dem Besitzer Arthur Schmidt vom Boden des Wohnhauses ein Sack Roggengehl und ein Topf mit Kreide. Auch bei dem Besitzer Wendland in Kobatt wurde kürzlich ein Einbruch verübt; hier wurden Bettdecken und Wäsche gestohlen.

f. Aus dem Kreise Strasburg, 7. April. Einen Selbstmordversuch unternahm am Mittwoch ein unverheirateter 38-jähriger landwirtschaftlicher Beamter in Milisewo hiesigen Kreises. Er schoß sich eine Kugel in die Herzgegend und wurde schwer verletzt in das hiesige Kreiskrankenhaus geschafft. Das Motiv zu dieser Tat soll in einer unheimlichen Magenkrankheit zu suchen sein.

Hellscher Hanussen

tot aufgefunden!

Im südlichen Brandenburg, nahe der Eisenbahnstrecke Berlin-Dresden wurde in einer Tannenschönung an der Landstraße von Baruth nach Neuhof am Freitag mittag von Chausseearbeitern die Leiche eines gut gekleideten Mannes aufgefunden. Mit der Aufklärung dieses Falles wurde die Berliner Mordkommission unter Leitung von Kommissar Albrecht beauftragt. Bei der Untersuchung durch einen Gerichtsarzt konnte festgestellt werden, daß der Unbekannte, in dessen Taschen keine Ausweis-papiere vorgefunden wurden, durch mehrere Revolverschläge getötet worden ist. An Hand einer Firmenzeichenung im Anzug des Toten tauchte schon bald die Vermutung auf, daß es sich in der Person des Toten vermutlich um den unter dem Namen Erik Jan Hanussen als Hellscher tätig gewesenen Verlagsbesitzer Hermann Steinschneider handeln könnte. Da bei der genauen Untersuchung der Mordstelle sowie der näheren Umgebung eine Waffe nicht gefunden wurde, erschien ein Selbstmord von vornherein ausgeschlossen.

Die Vermutung, daß der Tote der Hellscher Erik Jan Hanussen sein könnte, hat, wie die Pressestelle des Berliner Polizeipräsidiums mitteilt, am Sonnabend vormittag bei einer Besichtigung der Leiche ihre Bestätigung gefunden. Ein vor langerer Zeit im Verlag Hermann Steinschneiders-Hanussen beschäftigter Angestellter erkannte den Toten mit Sicherheit als seinen früheren Chef wieder. Die Leiche Hanussons weist mehrere Schußverletzungen auf, die ihm augenscheinlich von fremder Hand beigebracht wurden. Die Staatsanwaltschaft 2 ist mit der Aufklärung betraut und wird dabei von der Berliner Mordkommission unter Leitung von Kommissar Albrecht unterstützt.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Nonnenkennzeichnung beilegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

„Sepolno Heller.“ Neu errichtete Gebäude müssen von älteren vorhandenen Gebäuden des angrenzenden Nachbars wenigstens drei Fuß zurücktreten. Ist das Fenster des Nachbars, vor welchem gebaut werden soll, schon seit 10 Jahren oder länger vorhanden, und hat der Raum mit dem Fenster nur von dieser Seite

noch der neue Bau so weit zurücktreten, daß man durch das ungeöffnete fragliche Fenster den Himmel sehen kann. Ist das Nachbargebäude noch nicht 10 Jahre alt, so bleibt es bei dem 3 Fuß-Abstand. Das sind die zurzeit noch bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.

„Steuerpflcht.“ Die Pflicht zur Zahlung der Einkommensteuer — und nur um diese handelt es sich wohl bei Ihrer Anfrage — beginnt mit einem Einkommen von 1500 Zloty im Jahre. Aus welchen Quellen das Einkommen fließt, ist gleichgültig. Als Einkommen im Sinne des Gesetzes werden aber u. a. nicht angesehen: Geschenke, Legate, Erbshäfen, Lotteriegewinne und ähnliches. Bei Diensteinkommen, Pensionen und Gehältern von im Privatdienst stehenden Personen beginnt die Steuerpflicht mit einem Einkommen von mehr als 2500 Zloty.

100 %. Die Mutter ist die einzige Erbin; sie schließt alle anderen Verwandten des Verstorbenen vor der Erbshaft aus. Wenn der jetzt Verstorbene Geschwister gehabt hätte, oder wenn Ahnlinge von verstorbenen Geschwistern vorhanden wären, dann würden diese Verwandten zusammen neben der Mutter des Verstorbenen erbberechtigt sein, u. zw. so, daß diese Verwandten die Hälfte des Nachlasses hätten beanspruchen können und die Mutter die andere Hälfte. Da keine solchen Verwandten vorhanden sind, ist, wie eingangs gesagt, die Mutter die einzige Erbin.

p. B. 100. Die fragliche Bank ist ebenso wie Ihre Braut Gläubigerin; sie ist zur Regelung von Eintragen höhere Ansages weder verpflichtet noch auch berechtigt. Da das Gut unter Gewerbeverwaltung steht, kann finanzielle Verfügung nur treffen der Gewerber, und dieser steht unter Gerichtsaufsicht. Etwaige Anträge sind nur an den Gewerber zu richten. Eine Aussteuer hat mit den Schuldenverhältnissen nichts zu tun. Die Aufwertung der Forderung Ihrer Braut hängt u. a. davon ab, ob das Grundstück heute noch denselben Wert hat wie zur Zeit der Entstehung der Schuld. Eine Wertverminderung muß bei der Aufwertung proportional ihren Ausdruck finden. Nicht verjährte rückständige Ansprüche von dem aufgewerteten Betrage können selbstverständlich gefordert werden.

R. Schmidt. Es gibt nur eine Rente, die Invaliditäts- oder die Altersrente. Die Invaliditätsrente wird nach den Beitragswochen berechnet, für die Altersrente ist eine der Voraussetzungen ein Gesamtbetrag von 1200 Beitragswochen.

Nr. 200. Mehe und Bushel (englisch) sind Hohlmaße; deren Inhalt läßt sich in Gewicht (Kilogramm) nur umrechnen, wenn man weiß, um was für Stoffe es sich handelt, denn eine Mehe Stachelbeere z. B. ist erheblich leichter als eine Mehe Roggen oder Weizen.

„Rehweisen.“ Ob für Sie ein Ausweg aus der schwierigen Lage zu finden ist, hängt einerseits von dem Inhalt des Kaufvertrages mit B. und davon ab, ob der B. zahlungsfähig ist. Haben Sie sich den Rücktritt von dem Kaufvertrag vorbehalten, wenn Sie keine Auslieferung erhalten sollten, und ist der Verkäufer B. zahlungsfähig, dann können Sie ihn auf Rückzahlung des Kaufpreises verklagen und sind aus allen Schwierigkeiten heraus. An der von Ihnen gekauften Wiese brauchen Sie kein Interesse mehr zu haben, mag sie der Verkäufer behalten oder mag sie auf die Gläubiger übergehen. Haben Sie sich aber keinen Rücktritt vorbehalten, und ist der B. zahlungsunfähig, dann ist überaupt nichts zu machen, und Sie müssen sich mit der ganzen Sache abfinden. Wie Sie selbst sagen, kaufen Ihnen die Wiese niemand ab, da sie nicht einmal die darauf lastende Sicherungshypothek deckt, und sich nochmals um die Auslieferung zu bemühen, hat keinen Zweck, da Sie dann für die Sicherungshypothek haften würden. Und die Hypothek auf den früheren Besitz des B. zu übertragen, sind Sie weder berechtigt, noch hätte das irgend welchen Zweck, da dieser Besitz jetzt schon überlaufen ist. Daß die Inhaber der Sicherungshypothek auf andere Ihnen gehörige Vermögensobjekte Ihre Hand legen könnten, ist vollständig ausgeschlossen, denn Sie sind diesen Gläubigern nichts schuldig und die Gläubiger haben sich auf die Wiese die Sicherungshypothek nicht deshalb einzutragen lassen, weil diese Wiese Ihnen auf Grund Ihres Kaufvertrages gehörte, sondern weil deren Schuldner, der B., eingetragener Eigentümer der Wiese ist.

7. 4. 1933. 1. Die Eintragung, die Sie auf Ihr Grundstück zu Ihren Gunsten bewirkt haben, kann bei einer eventuellen zwangsweisen Versteigerung des Grundstücks ebenso ausfallen wie eine eingetragene Hypothek, wenn sie nicht ausgetragen wird. 2. Gesetzlich sind Sie dazu verpflichtet.

Ch. 200. Ob Ihre Wohnung als aus 2 oder aus 3 Räumen bestehend angesehen wird, ist bei der Beurteilung der Miethöhe gleichgültig. Entscheidend ist nur, was die Wohnung im Juni 1914 gefordert hat. Und wenn Ihnen auf dem Katasteramt die jetzige Miete in Zloty mitgeteilt wurde, so wird diese schon richtig sein, denn diese Umrechnung kann nur erfolgt sein auf Grund der im Katasteramt verzeichneten Miete vom Juni 1914. Wenn aber die Miete vom Juni 1914 bekannt war, so war eine Taxierung der Wohnung durch eine Mietskommission weder nötig noch gesetzlich zulässig. Eine Neufestsetzung der Miete soll nur erfolgen, wenn aus den Umständen des einzelnen Falles geflossen wird, daß die Grundmiete, wie sie im Katasteramt verzeichnet ist, offenbarlich zu hoch war. Davon kann in Ihrem Falle nicht die Rede sein. Nach Lage der Sache sind Sie nur zur Zahlung von 23,58 Zloty — das ist der Betrag, der Ihnen auf dem Magistrat angegeben wurde — verpflichtet, und was Sie etwa in den letzten 6 Monaten mehr gezahlt haben sollten, sind Sie zurückzufordern berechtigt. Mehrforderungen des Vermieters — so auch die Forderung der Renovierung der Wohnung, der Anlage des elektrischen Lichts — sind für den Vermieter bedenklich, da sie eine Umgehung des Mieterabgesezes darstellen, denn Verlust schon kraftbar ist. Art. 26, Absatz 2, des Mieterabgesezes lautet: „Das Fordern und Erheben von Miete, anderen Zahlungen und Leistungen in offensichtlich übermäßiger Höhe unterliegt einer Strafe gemäß den Vorschriften über die Belästigung des Kriegswunders.“

Thorn.

Am Freitag, dem 14. April er. (Karfreitag)

bleiben unsere Geschäftsräume

geschlossen.

Am Sonnabend, dem 15. April er.

wird unsere Kasse

um 11 Uhr geschlossen.

VEREINSBANK TORUŃ

Bank Spółdzielcza z o. odp.

TORUŃ.

Hebamme

Schlosser-

Lehrlinge

erteilt Rat, nimmt Be-

stell, entgegen. Distret-

zusicht. Friedrich.

Toruń, sw. Jakoba 15.

1879

Graudenz.

Elegante

3097

Damen-Garderobe

all. Art näht u. Garnet.

reitklass. (neu). Direkt.

bef. Fa. Kortenewski.

Lilla Görlner.

Großlowa 48. Wohn. 4.

</

Das Gesetz über den Arbeits-Fonds

Im "Dziennik Ustaw" Nr. 22 vom 21. März d. J. wird das vom Sejm und Senat im Wortlaut der Regierungsvorlage angenommene Gesetz über den Arbeits-Fonds veröffentlicht, das eine neue Belastung der Produktion, der Arbeitgeber, der Angestellten und Arbeiter einführt. Der Arbeits-Fonds soll zu dem Zwecke gebildet werden, um den Arbeitslosen und Personen, die keinen Lebensunterhalt haben, vor allem dadurch Arbeit und Unterhalt zu geben, daß wirtschaftlich begründete öffentliche Arbeiten oder Arbeiten von öffentlicher Bedeutung vorgenommen werden. Der auf Grund der Verordnung des Präsidenten der Republik vom 23. August 1932 gegründete Arbeitslosenhilfs-Fonds wird aufgehoben, und die bisherigen Rechte, Verpflichtungen und das Vermögen dieses Fonds gehen mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes auf den Arbeits-Fonds über.

Wieviele werden wir zahlen?

Die Belastungen, die der neu geschaffene Arbeits-Fonds mit sich bringt, werden in nachstehenden Artikeln des Gesetzes festgelegt:

Art. 15.

1. Personen, die ein Diensteinkommen beziehen oder eine ständige Entschädigung für kontraktliche Arbeit erhalten, zahlen zugunsten des Arbeits-Fonds 1 Prozent der ganzen aus diesen Quellen geschöpften Einkünfte.

2. Diese Bestimmung erstreckt sich auch auf Personen, die Pensionen, Rente oder eine Versorgung vom Staatsschatz, von staatlichen Unternehmungen oder Monopolen oder auch von Kommunalverbänden bzw. privaten Institutionen beziehen, sofern die Pension, die Rente oder die Versorgung mehr als 50 Złoty monatlich beträgt.

3. Die Bestimmung des Absatzes 1 dieses Artikels betrifft nicht:

- a) Personen, die auf Grund des Gesetzes vom 17. März 1932 über die Invalidenversorgung eine Invalidenrente beziehen;
- b) Arbeiter, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind, sowie
- c) Personen, die in gewerblichen Unternehmungen beschäftigt sind, die Gewerbechein und Gewerbepatente VIII. Kategorie besitzen.

4. Arbeitgeber die Angestellte beschäftigen, von denen im Abs. 1 die Rede ist, zahlen für den Arbeits-Fonds eine Gebühr in Höhe von 1 Prozent der Löhne, Gehälter und Entschädigungen, die diesen Angestellten gezahlt werden. Diese Bestimmung betrifft nicht den Staatsschatz bzw. die Kommunalverbände, jedoch mit dem Vorbehalt, daß die einzelnen Unternehmungen der Kommunalverbände die vorgesehene Gebühr in Höhe von 1 Prozent der den Angestellten gezahlten Bezüge entrichten, sofern der Umsatz dieser Unternehmungen nicht in den gewöhnlichen Budgets der Kommunalverbände figuriert. Landwirtschaftliche Arbeitgeber zahlen die Gebühr von 1 Prozent nur von den Gebühren der seitlichen Angestellten.

5. Religiöse und soziale Organisationen, die Institutionen der sozialen Fürsorge unterhalten, oder eine Hilfsaktion für die Arbeitslosen treiben, sind in diesem Tätigkeitsbereich von den in Absatz 4 dieses Artikels aufgeführten Belastungen befreit.

6. Bei der Kategorie der Bezieher, die durchschnittlich 150 Złoty monatlich nicht überschreiten, hat der Minister für soziale Fürsorge das Recht, die in den Absätzen 1 und 4 dieses Artikels vorsehenden Sätze durch einen Pauschalbetrag entrichten zu lassen.

7. Auf die in diesem Artikel vorgelesenen Gebühren finden analoge Anwendung die Bestimmungen des Art. 58 des Gesetzes über Übertragungen vom 11. Juli 1932 (Dziennik Ustaw Nr. 60, Pos. 572).

Art. 16.

Die Abgeordneten und Mitglieder des Senats zahlen für den Arbeits-Fonds 1 Prozent ihrer Diäten.

Art. 17.

Die Gebühren von Notaren, Hypothekenschreibern und Gerichtsvollziehern sowie von den selbständigen freien Berufen: Arzten, Dentisten, Veterinären, Feldscheren, Rechtsanwälten, Verteidigern bei Gericht, Architekten, Ingenieuren, Technikern und von anderen selbständigen freien Berufen, deren Liste auf dem Wege von Verordnungen des Ministerratspräsidenten im Einverständnis mit dem Finanzminister und den zuständigen Ministern bekannt gegeben werden wird, betragen 1 Prozent ihres versteuerten Einkommens aus der beruflichen Arbeit.

Art. 18.

Personen die Einkommen in Gestalt von Tantiemen beziehen (Art. 18 des Gesetzes über die staatliche Einkommensteuer im Wortlaut des Art. 1 des Gesetzes vom 7. November 1931 über die Änderung einiger Bestimmungen des Gesetzes über die staatliche Einkommensteuer — Dz. Ust. Nr. 101, Pos. 771), zahlen für den Arbeits-Fonds 2 Prozent von den Tantiemen.

Art. 19.

1. Gebühren von Eintrittskarten werden von Billets erhoben, die bei öffentlichen Vergnügungen, Berstreutungen, Schaustellungen und sportlichen Veranstaltungen aller Art verkauft werden. Diese Gebühren betragen von jeder verkauften Eintrittskarte:

1. im Preise von 0,26 Złoty bis 1,— Złoty	0,03 Złoty
2. " " 1,01 " " 2—" " 0,10 "	
3. " " 2,01 " " 3—" " 0,20 "	
4. " " 3,01 " " 4—" " 0,30 "	
5. " " 4,01 " " 5—" " 0,40 "	
6. " " über 5—" " 0,50 "	

2. Für diese Gebühren tragen die Verantwortung die Unternehmer.

3. Diese Gebühren unterliegen nicht Eintrittskarten für Vergnügungen, Berstreutungen und Schaustellungen, die veranstaltet werden:

- a) ausschließlich für Soldaten;
- b) von Unterrichts-, Vormunds- und Erziehungsanstalten für die Schuljugend;
- c) von Organen des Arbeits-Fonds;
- d) von sozialen Institutionen und Organisationen, sofern der größte Teil der Einnahme aus diesen Veranstaltungen zur Hilfe für die Arbeitslosen bestimmt ist.

Art. 20.

1. Von den von Pferderenn-Vereinen erhobenen Sätzen ist eine Gebühr in Höhe von 1 Prozent zu zahlen.

2. Im Zusammenhang damit wird in Art. 7 des Gesetzes vom 22. Juni 1926 über die Pferderennen (Dz. Ust. Nr. 74, Pos. 512) nach dem ersten Abzug eine Bestimmung folgenden Wortlauts eingefügt: Für den Arbeits-Fonds wird von den bei gegenseitigem Wetten erhobenen Sätzen eine besondere Gebühr in Höhe von 1 Prozent erhoben.

Art. 21.

1. Die Gebühren von Zucker, der auf den Inlandsmarkt eingeschafft und mit einer Konsumsteuer belastet ist, betragen 50 Groschen von einem Quintal.

2. Für diese Gebühr trägt die Verantwortung der Produzent.

Art. 22.

1. Die Gebühren von Bier, das auf dem Inlandsmarkt eingeschafft und mit einer Konsumsteuer belastet ist, betragen 25 Groschen von einem Hektoliter.

2. Für diese Gebühren ist der Produzent verantwortlich.

Art. 23.

1. Elektrische Birnen, neue und reparierte, inländischen Erzeugnisse, sowie aus dem Auslande oder aus der Freien Stadt Danzig eingeschafft, unterliegen einer Gebühr in Höhe von 15 Prozent der für sie aufgestellten Rechnung unter Abzug der Gutschriften, Rückzahlungen und des Kassa-Kontos.

2. Zur Zahlung der Gebühr sind folgende Personen verpflichtet:

- a) Bei der Produktion der Birnen im Inlande — der Fabrikant;
- b) bei der Einführung der Birnen aus dem Auslande — die Person, auf deren Rechnung die Zollabfertigung vorgenommen wurde;
- c) bei der Einfuhr der Birnen aus der Freien Stadt Danzig — die Person, für die die Sendung nach den Frachtbüchern bestimmt ist.

3. Die Gebühr von elektrischen Birnen ist zahlbar:

- a) Von im Inland fabrizierten Birnen im Termin, der auf den nach dem Verkauf fälligen nächsten Vorschuß für die Gewerbesteuer entfällt;
- b) von aus dem Auslande eingeschafften Glühlampen bei der Zollabfertigung;
- c) bei Birnen, die aus der Freien Stadt Danzig eingeschafft werden, bei der Abnahme in den Absatzgebäuden.

Art. 24.

1. Die Gebühren vom Gaskonsum zum häuslichen Gebrauch in Lokalen, die keinen gewerblichen Charakter besitzen, betragen 5 Prozent von der in der Rechnung bezeichneten Summe ohne die Gebühr für den Gebrauch von Gasometern und anderen zusätzlichen Gebühren. Mit diesen Gebühren wird der Konsument belastet.

2. Im Falle der Abgabe von Gas aus Gasautomaten betragen die Gebühren ebenfalls 5 Prozent von dem angeführten Betrage und belasten den Verkäufer.

3. Für diese Gebühren ist in beiden Fällen der Unternehmer verantwortlich.

Art. 25.

1. Gastronomische Unternehmungen und Billardsäle, die der Verpflichtung unterliegen, Gewerbe-patente auf Grund der Abschnitte VII und VIII Teil II Buchstabe A des Tarifes über die staatliche Gewerbesteuer einzulösen, zahlen eine Gebühr in Höhe von 50 Groschen pro Person, die sich in diesen Lokalen in der Zeit von 12 Uhr nachts bis 6 Uhr morgens aufhält, mit Ausnahme der Personen, die in dem betreffenden Unternehmen beschäftigt sind und die Aussicht ausüben; diese Bestimmung findet keine Anwendung auf Personen, die sich in Eisenbahnrestaurants und an Eisenbahnbüffets aufhalten.

2. Die Verantwortung für diese Gebühren trägt der Unternehmer.

3. Auf Wunsch des Unternehmers können diese Gebühren durch einen monatlichen Pauschalbetrag ersetzt werden, der auf Grund der durchschnittlichen Einkünfte aus diesen in den vorangegangenen Monaten erreichten Gebühren festgesetzt wird.

4. Der Minister für soziale Fürsorge ist im Einverständnis mit dem Minister für Industrie und Handel ermächtigt, diese Gebühren für einige Kategorien der oben erwähnten Unternehmungen herabzusetzen bzw. vollkommen aufzuheben.

Art. 26.

1. Die Gebühren vom Mietzins, der für Wohnungen oder Gebäude im ganzen oder in Teilen unabhängig von ihrer Bestimmung gezahlt wird, betragen 0,5 Prozent des Betrages, der der Summe der jedesmalig gezahlten Miete entspricht.

2. Diese Gebühren unterliegt nicht die Miete für Ein- und Zwei-Zimmer-Wohnungen.

Art. 27.

1. Rückstände an Grund-, Einkommen-, Vermögens-, Erbschafts- und Geschenksteuern können in Natura gezahlt werden, sofern diese Leistungen nicht aus der sich aus dem Gesetz über den Bau und die Unterhaltung von öffentlichen Wegen ergebenden Verpflichtung hergeleitet werden können.

2. Diese Leistungen können beruhnen:

- a) auf der Lieferung von Material, das zu der Ausführung der von dem Arbeits-Fonds organisierten Arbeiten benötigt wird;
- b) auf der Lieferung von Transportmitteln;
- c) auf der Wahrung einer gewissen Zahl von Arbeitstagen oder auf der Ausführung einer gewissen Arbeit;
- d) auf der Lieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Lebensmitteln, Brennmaterial usw.

Diese Leistungen werden nach den tatsächlichen Marktpreisen entgegengenommen.

Art. 28.

Die Kommunalverbände überweisen an den Arbeits-Fonds jährlich Beträge, die für die Stadtgemeinden der einen eigenen Kreis bildenden Städte einem Prozent ihrer gewöhnlichen Budgets, für die Kreiskommunalverbände 5 Prozent ihrer gewöhnlichen Budgets entsprechen.

Art. 29.

Die in den Artikeln 21 und 22 dieses Gesetzes aufgeführten Gebühren sind von Personen zu entrichten, die zur Zahlung der Konsumsteuer von Zucker und Bier verpflichtet sind.

Zur Aufklärung des Blutes trinken Sie einige Tage hindurch frühmorgens ein Glas natürliches „Franz-Josef“-Bitterwasser! (3427)

Art. 30.

Die Art der Einschätzung, der Einziehung und der Kontrolle der in diesem Gesetz aufgeführten Gebühren, im besonderen in bezug auf die in Art. 27 vorgesehenen Naturalleistungen steht der Ministerpräsident im Einvernehmen mit den übrigen interessierten Ministern fest.

Art. 31.

1. Der Finanzminister ist ermächtigt, Befreiungen von der Steuer und den staatlichen von Konsumartikeln und Brennmaterial zu erhebenden Gebühren entzren zu lassen.

2. Der Minister für soziale Fürsorge hat auch das Recht, die von dem Arbeits-Fonds geführten Arbeiten von einigen steuerlichen Belastungen und sozialen Leistungen zu befreien.

Art. 32.

Das Recht der zwangsweise Eintreibung der in diesem Gesetz erwähnten Gebühren verjährt nach dem Ablauf von drei Jahren vom Tage der Fälligkeit der einzelnen Gebühr.

Art. 33.

1. Die Übertretung der Bestimmungen dieses Gesetzes über die Entrichtung der darin bezeichneten Gebühren oder der auf dieser Grundlage erlassenen Ausführungsbestimmungen wird mit einer Geldstrafe bis zu 2000 Złoty geahndet, sofern die betreffende Tat nicht einer härteren Strafe nach anderen Bestimmungen unterliegt.

2. Zur Verhängung dieser Strafen sind die Kreisbehörden der allgemeinen Verwaltung berufen.

Schlussbestimmungen.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1933 in Kraft. Gleichzeitig verliert die Verordnung des Präsidenten der Republik vom 23. August 1932 über die Arbeitslosenhilfe die Gesetzeskraft.

Juristische Rundschau.

Die Polnische Zivilprozeß-Ordnung.

I. Hauptteil: Streitverfahren nebst Einführungsvorordnung. Überseht und erläutert von Dr. Richard Kann, Rechtsanwalt am Kammergericht. Sonderausgabe der "Zeitschrift für Ostrecht", Jahrgang 1933, Heft 1, Berlin 1933. Carl Heymann Verlag.

Seit dem Beginn des Jahres 1933 ist die neue polnische Zivilprozeß-Ordnung in Kraft. Erst durch die Novelle vom Oktober 1932 hat sie ihre endgültige Gestalt erhalten. Somit kann es nicht Wunder nehmen, daß eine gründliche Kommentierung des Gesetzes noch nicht stattgefunden hat und die vorliegenden Kommentare sich im großen und ganzen auf eine mehr allgemein gehaltene Erläuterung der Vorschriften, unter Benutzung der Motive beschränken. Um so mehr muß anerkannt und als ein Nuhmesblatt der deutschen Prozeßwissenschaft bezeichnet werden, daß zuerst ein deutscher Autor mit dem vorliegenden Werk einen vollkommen und eingehend durchgearbeiteten Kommentar bietet, der sich nicht auf eine allgemeine Besprechung der Vorschriften beschränkt, sondern in der Form des Kommentars ein trocken knappheit des Textes vollständiges System des neuen Prozeßrechts gibt.

Die Übersetzung kann als mustergültig bezeichnet werden. Hervorzuheben ist auch das sorgfältig bearbeitete Sachregister. Das Werk wird deshalb für jeden, der sich mit dem neuen Prozeßrecht befassen muß, ein hervorragendes Hilfsmittel sein, und es wäre nur zu wünschen, daß es auch späterhin durch Berücksichtigung der Rechtsprechung auf dem Laufenden erhalten wird, sowie daß eine ebensolche Ausgabe des II. Teils des Prozeßrechts, der Zwangsvollstreckungsordnung folgt, und dies um so mehr als dieser Teil des Gesetzes, wie es scheint, in der Praxis die größeren Schwierigkeiten hervorruft.

W. S.

Rundfunk-Programm.

Donnerstag, den 13. April.

Königswusterhausen.

06.35—08.00: Von Leipzig: Konzert. 12.00 ca.: Ein Instrumentalkonzert (Schallplatten). 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Kinderstunde. 16.00: Für die Frau: Frau Silenischer, Sängerin der Frauenchaft der NSDAP, Gas Groß-Berlin: Die deutsche Frau in der nationalen Bewegung. 16.20: Else Steup: Neue Kinderbücher. 16.30: Von Berlin: Konzert. 17.10: Bierstunde für die Gesundheit: Prof. Dr. Rüdiger, Greifswald: Körper und Frühstück. 17.30: Tägliches Haustonkonzert. 18.05: Deutsch für Deutsche: Umgangssprache. Kangaleideutsch — muß das sein? Dr. Johannes Günther und ein Verwaltungsbeamter. 18.20: Lebende Lieder: Werke von Eduard Behm. 18.40: Stunde des Landwirts: Der Bauer von gestern, heute und morgen. 18.55: Wetter. Anschr.: Kurbericht des Dicht. Dienstes. 19.00: Stunde der Nation. Von Berlin: Deutsche Passion 1933. 20.00: Orchesterkonzert. Das Kammerorchester des Deutschen Liederkranzes. 21.15: Von Langenberg: Aus der Schatzkammer alter Kirchenmusik. 22.15: Tages- und Sportnachrichten. 22.45: Seewetterber

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Gründung der Akzeptbank.

In den nächsten Tagen soll durch den polnischen Finanzminister ein Organisationskomitee für die zu errichtende Akzeptbank eingesetzt werden. In dieses Komitee werden Vertreter der wichtigsten Finanzinstitute des Landes berufen werden. Die Gründung der Akzeptbank erfolgt bekanntlich zwecks Neuregelung der Tilgung und der Verzinsung kurzfristiger landwirtschaftlicher Schulden. Da die Aufgaben der Akzeptbank sehr komplizierter Natur sein werden, dürfen die Vorbereitungsarbeiten noch einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen.

In manchen polnischen Kreisen werden Projekte erörtert, die auf eine Erweiterung der Tätigkeit der Akzeptbank hinauslaufen. Nach dem jetzt vorgesehenen Rahmen soll sich die Tätigkeit der Bank lediglich auf die Regulierung der Rückzahlung von landwirtschaftlichen Bankkrediten erstrecken. Diese Tätigkeit soll nur in Ausnahmefällen auf andere Zweige des Wirtschaftslebens ausgedehnt werden. Die erwähnten Projekte zielen darauf ab, daß schon bei der Organisation der Akzeptbank in weitem Maße Möglichkeiten für einen Ausbau des Aufgabenkreises der Bank in bezug auf die Regulierung von Verpflichtungen von Industrie- und Handelsunternehmungen geschaffen werden.

Angeblich geben diese Pläne auf Anregungen der Polnischen Regierung selbst zurück, welche durch die neu zu schaffende Bank gleichzeitig auch die Industrieschuldung in die Woge leiten will, die von dem polnischen Ministerpräsidenten in seiner letzten Sitzung angekündigt worden ist. Auf diese Weise könnte die neue Bank über die Agrarschulden hinaus einen erheblich größeren Teil der festgefahrenen Bankkredite wieder flüssig machen. Schwierigkeiten für diese Ausdehnung der Banktätigkeit entstehen insofern, als für den umfassenderen Aufgabenkreis größere Summen benötigt werden, als für den bisher vorgesehenen kleineren Rahmen. D.P.W.

Die Geschäftslage am Krakauer Holzmarkt.

Die Hersteller von Parkettbrettern in Kleinpolen unterhielten sich immer mehr, so daß fortlaufend Parkettfabriken infolge finanzieller Schwäche ihre Tore schließen müssen. So hat beispielsweise, nach einem Bericht des "Mycet Drzewny" die große, gut geführte Parkettfabrik Adolf Bajrach in Krakau, die erst vor einigen Jahren weiter ausgebaut worden ist, ihren Betrieb eingestellt. Stützeleg ist auch die Fabrik "Dembina" in Krakau, die, obwohl sie viel kleiner ist, noch vor kurzem eine beachtliche Rolle am galizischen Holzmarkt gespielt hat.

Ihren Betrieb eingestellt hat ferner die Parkettfabrik in Bonarka, des weiteren steht die Parkettfabrik des Grafen Sarzyński in Gorlice still.

Eigene Parkettware findet infolge der schlechten Konjunktur von Monat zu Monat schwerer Absatz. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß sich an den öffentlichen Ausschreibungen für Parkethölzer nur wenige Firmen beteiligen. Vor kurzem fand in Krakau ein Lieferungsausschreiben aus größeren Mengen von Eichenparkettbrettern statt. An diesem Ausschreiben nahmen nur 9 Firmen teil, darunter 4 Fabriken, 2 Bauunternehmungen, eine Handelsfirma und eine Tischlerwerkstatt. Die günstigste Offerte gab die Firma A. Langrod in Krakau ab, die auch den Zuschlag erhielt.

Die Saison am Bauholzmarkt wird d. R. im Krakauer Bezirk, wie allgemein angenommen wird, später einsetzen; bisher sind keine Anzeichen für eine Belebung zu beobachten.

Die Lage der pommerellischen Mühlen- und Reisschälindustrie.

Die Lage der pommerellischen Mühlenindustrie hat im Februar und in der ersten Hälfte des März eine gewisse Verbesserung erfahren. Im Vergleich zum Beginn des Jahres ist die Mahltautigkeit von 55 auf 61 Prozent der Kapazität gestiegen. Andererseits ist der Anteil von Mühlenprodukten, insbesondere von Weizenmehl infolge der hohen Weizenpreise sehr beschwerlich gewesen.

Aus dem gleichen Grunde läßt auch der Export von Vollmehl auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Auf die hohen Preise ist es in erster Linie zurückzuführen, daß nur Mehlsorten geringerer Qualität zur Ausfuhr gelangten. Abnehmer war hauptsächlich Norwegen. Von der Gesamtproduktion der pommerellischen Mühlenindustrie an Mehl wurden 80 Prozent im Inlande, 18 Prozent in Danzig und nur 7 Prozent im Auslande abgesetzt. D.P.W.

Der Export von poliertem Reis über Gdingen betrug im Februar 399 Tonnen, gegenüber 524 Tonnen im Januar. Die Reisschälmühle in Gdingen lag den ganzen Februar hindurch still. Nach dem Inslande wurden 1282 Tonnen aus Vorräten geliefert.

Auf den Auslandsmärkten steht die polnische Reisindustrie auf wachsende Schwierigkeiten. Am stärksten macht sich, wie es in einem Bericht der Gdingener Handelskammer heißt, die deutsche und holländische Konkurrenz bemerkbar.

Die polnische Reisindustrie hat, wie bereits kurz berichtet, beschlossen, mit Wirkung vom 1. April d. J. die Reispreise um 20 Prozent zu senken. Ein vor kurzem in Gdingen eingegangener Transport von 820 Tonnen Reis neuer Ernte soll, wie aus Warschau verlautet, bereits zu dem ermäßigten Preise verkauft werden. Auch das bisherige Verkaufsprofil soll geändert werden. Der Verkauf von Reis soll in Zukunft nur noch in Goldwährung (ohne Goldklause) erfolgen, ohne Rücksicht darauf, daß der Rohstoff seit 6 Jahren in Dollar gehandelt wird. D.P.W.

Rückgang der Wechselproteste in Polen. Nach Daten des Warschauer Instituts für Konjunktur- und Preisforschung läßt sich seit längerer Zeit ein anhaltender Rückgang der Wechselproteste in Polen beobachten. Im Februar d. J. gingen Wechsel im Gesamtbetrag von 87,6 Mill. Zloty zu Protest, gegenüber 45 Mill. Zloty im Januar d. J., und 88,2 Mill. Zloty im Februar des Vorjahrs. Das Verhältnis der protestierten Wechsel zum gesamten Wechselumslauf betrug im Februar 1932 12,8 Prozent, dagegen im Februar 1933 9,7 Prozent, und im Januar 1933 9,9 Prozent.

Der Beschäftigungsstand in der polnischen Industrie. Auf Grund einer amtlichen Zusammenstellung waren am 1. Februar d. J. in der weiterverarbeitenden Industrie in ganz Polen insgesamt 273 909 Arbeiter beschäftigt. Davon entfallen auf die Mineralindustrie 16 448 Personen, Metallindustrie 43 827, chemische Industrie 27 003, Textilindustrie 98 188, Papierindustrie 10 674, Lederindustrie 4131, Holzindustrie 3979 und 77 793 Personen in der polygraphischen Industrie. In der Bergwerksindustrie waren insgesamt 106 285 Arbeiter beschäftigt, in der Hüttenindustrie 31 805 Arbeiter, bei öffentlichen Arbeiten 18 812 Arbeiter, Eisenbahnwerkräften und militärischen Werkräften 5244 Personen, sowie in den Elektrizitäts- und Wasserwerken 6698 Arbeiter.

Die polnische Schweineausfuhr nach Österreich. Das Anziehen der Preise für sämtliche Viehzuchtprodukte in Polen hat in Verbindung mit dem gleichzeitigen Rückgang der auf dem Wiener Biermarkt geahlten Schweinepreise eine starke weite Abnahme der Schweineausfuhr nach Österreich zur Folge gehabt. Das Staatl. Exportinstitut hat festgestellt, daß die polnischen Viehexporteure die von Österreich Polen gewährten Schweine-Einfuhrkontingente in den letzten Wochen noch mehr voll ausnutzen.

Frankreich sperrt die Grenzen für polnische Konfektion. Nach Nachrichten, die in Lodz eingetroffen sind, hat die französische Regierung am 1. April eine Verfügung erlassen, die neue Kontingente für die Einführung polnischer Konfektion festsetzt. Danach wird der Import von Herrenkonfektion aus Polen gänzlich unteragt, während für Damenkonfektion ein außerordentlich niedriges Kontingent in Höhe von 1975 Kilogramm festgesetzt wurde. Diese französische Maßnahme bedeutet einen schweren Schlag für den polnischen Konfektionsexport, der die bisher günstigen Exportchancen Polens völlig untergräbt. Frankreich motiviert seinen Schritt mit der Überbreitung der polnischen Kontingente. Wie verlautet, wurden in Warschau schon Verhandlungen wegen Aufhebung bzw. Milderung dieser Verfügung aufgenommen. Die Lodzer Konfektion erhält in erster Linie die Orderung, daß Sendungen, die sich bereits im Zollamt befinden, noch nach Frankreich hereinlassen werden.

Wird das Pfund stabilisiert?

Keine Inflationsgefahr für England.

Seit der Aufgabe des Goldstandards durch England ist das Pfund manigfachen Schwankungen ausgesetzt gewesen. In den Septembertagen des Jahres 1931 stürzte es rapide, so daß zunächst nicht zu übersehen war, auf welcher Basis eine natürliche Konsolidierung eintreten werde. Schließlich gelang es doch, das Pfund aufzufangen, und zwar im wesentlichen durch die Auflösung indischer Goldvorräte. Das Pfund war um etwas mehr als 20 Prozent seines ursprünglichen Wertes gefallen.

Aber die Erwartung, daß nunmehr bald eine Restabilisierung erfolgen werde, hat sich nicht erfüllt. In Verbindung mit der Zahlung englischer Kriegsschulden, sowie anfänglich der Bezahlung beträchtlicher Einfuhren, die saisonmäßig erfolgen, glitt das Pfund erneut ab und fiel auf zwei Drittel seines ursprünglichen Wertes. Seit dem Ende des vorigen Jahres hat sich eine Erholung durchgesetzt, und im Augenblick ist man der Ansicht, daß England Schritte unternehmen werde,

um noch vor der Weltwirtschaftskonferenz eine Stabilisierung seiner Währung durchzuführen.

Interessant ist, daß trotz des Sinkens des Außenwertes des Pfundes das Preisniveau in England nicht gestiegen ist, sondern im Gegenteil, mit Ausnahme jener Waren, die in einer direkten Relation zum Goldwert stehen, also z. B. Goldwaren, eher noch gesunken ist. Diese Entwicklung erscheint uns, die wir durch fünf Jahre schwerster Inflation gegangen sind, eigenartig, ja fast unglaublich. Es ist jedoch festzustellen, daß die Verhältnisse in England ganz anders liegen als vor 15 Jahren in Deutschland und Polen. Englands Wirtschaft ist in viel größerem Umfang autark als die deutsche und polnische. Vor allem vermögt England die Rohstoffe zum gleichen Pfundpreis aus seinen Dominions zu beziehen, so daß auf diese Weise jede preisteigernde Tendenz verhindert werden konnte. Ob dies allerdings auf die Dauer möglich sein wird, erscheint fraglich; denn man darf nicht vergessen, daß in England sich einflußreiche Wirtschaftskreise für eine bewußte Inflationspolitik einsetzen, die ihren Ausdruck in einer allgemeinen Preissteigerung finden würde. Hinzu kommt, daß das tatsächliche Bild der englischen Wirtschaftslage dadurch verschleiert wird, daß man in England über beträchtliche Vorräte verfügte, die im Laufe der Zeit aufgebraucht werden. Solange sich am Weltmarkt eine Tendenz der immer weiter fortgesetzten Entzettelung der Rohstoffpreise erhielt, konnten Neuanschaffungen auf stark verminderter Preisgrundlage durchgeführt werden, so daß hierdurch ein Aus-

gleich für den gesunkenen Wert des Pfundes eintrat. Geht die Entwicklung aber einmal andere Bahnen, so muß eine Preissteigerung in England sehr rasch eintreten.

Die Unklarheit über das Schicksal des Pfundes wird noch durch die geheimnisvolle Politik der Englischen Regierung bzw. der verantwortlichen Stellen gefördert.

Es ist heute sehr leicht zu sagen, daß alles, was geschehen ist, systematisch von der Bank von England durchgeführt wurde. Diese Aussage entspricht nicht den Tatsachen, wenn man auch feststellen muß, daß man nicht tatenlos das Pfund seinem Schicksal überlassen hat. Bis zu einem gewissen Grade konnte die Bank von England durch ihre Politik nur hemmend bzw. fördernd eingreifen. Gegenüber sowohl Einfüllungen oder einer plötzlichen Vertrauenswelle auf das Pfund, wie sie sich anlässlich der Schwierigkeiten des Dollars zeigte, konnte man nur elastisch nachzugeben versuchen.

Eine gewisse Überraschung hat es ausgelöst, daß das englische Schamant das erste Kontingent umgedeckter Noten um 15 Millionen herabgesetzt hat. Die Erhöhung des Kontingentes um diesen Betrag war eine der letzten Abwehrmaßnahmen zur Verteidigung des Pfundes Ende des Sommers 1931, ohne daß jedoch damit der Sturm auf das Pfund abgeschlagen werden konnte. Eine Beilegung beschäftigte sich die englische Öffentlichkeit mit der Frage, ob dieses Zusatzkontingent wieder aufgehoben werde, bis andere Probleme die Bedeutung dieser Frage in den Hintergrund treten ließen. Die jetzt erfolgte Aufhebung des Zusatzkontingentes beweist, daß die Situation der Bank von England wieder sehr stark geworden ist. Die Goldreserven der Bank von England sind ungewöhnlich hoch und trotz des Abzuges des 15 Millionen Pfund nicht weit von dem Höchststand entfernt. Außerdem können wesentliche Schwankungen des Pfundes durch Einfüllungen von Mitteln aus dem Währungsausgleichsfonds verhindert werden.

Die Sache der Regierung, irgendwelche inflationistischen Maßnahmen zu ergreifen, die starke Position der Bank von England, die über beträchtliche Goldreserven verfügt und auch ihren Währungsausgleichsfonds sehr stark ausbauen konnte, die Wahrscheinlichkeit, daß die Kriegsschuldenzahlung Englands am 15. Juni gefunden wird, läßt den Schluß zu, daß England schon vor der Weltwirtschaftskonferenz die Frage des Pfundes im wesentlichen einer prinzipiellen Lösung entgegenführt.

Kreditpläne für die Eisenbahn.

Oberschlesien—Gdingen.

Die Französisch-Polnische Eisenbahngesellschaft, die die Konzession zum Betrieb der Eisenbahnlinie Oberschlesien—Gdingen inne hat, steht gegenwärtig in Verhandlungen über die Aufnahme eines größeren kurzfristigen Kredits, die die Weiterführung der Bauarbeiten an der Magistrale ermöglichen soll, nachdem die ursprünglich geplante Auflegung einer Obligationen-Anleihe in Höhe von 300 Millionen Frank sich als undurchführbar erwiesen hat. Der kurzfristige Kredit soll bei den der Gesellschaft (also hauptsächlich der Firma Schneider-Creuzet) nahestehenden französischen Banken, wie es in dem Bericht heißt, die Reinigungsabkommen ausgeschloßen.

Einen Rückgang des polnischen Gerstenexports hatten auch die Kontingentierungsmaßnahmen Frankreichs im Gefolge. Der Verband bemüht sich nach wie vor um die Erfüllung der Forderungen, die auf der vorjährigen Wirtschaftskonferenz aufgestellt wurden. Leider steht es in dem Bericht, die wichtigsten Forderungen, nämlich die Angleichung der Ausfuhrprämien für Gerste und Roggen, sowie die Gewährung von Transporterleichterungen beim Versand von hochwertigen Gerstenorten, insbesondere aus den Getreidebecken nach den Reinigungsanstalten in den Häfen bisher unerfüllt geblieben.

Das Arbeitsprogramm des Verbandes für das neue Geschäftsjahr wurde in einem besonderen Referat entwickelt. Darin heißt es, daß der Gerstexport sich noch erheblich erweitern könnte, wenn einige wichtige Voraussetzungen hierzu geschaffen würden. Zum Export eigne sich insbesondere Braunerde, die diese der Landwirtschaft der Gläubigerländer, die Agrarrohstoffe importieren, keine Konkurrenz mache. Diese Länder seien aus klimatischen Gründen verhindert, hochwertige Gerstenorten zu produzieren. Daher müsse das Programm des Verbandes in erster Linie auf eine planmäßige Vereidlung der Produktion gerichtet sein. Die Organisation des Inlandsmarktes aber sei in erster Linie von der Möglichkeit der Kreditewährung bei den Gerstelerzeugern an die Inlandsbrauereien abhängig. Sowohl der Export, als auch das Inlandsgeschäft erforderen im übrigen eine richtige Tarifpolitik. D.P.W.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im "Monitor Polki" für den 10. April auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinsatz der Bank Polki beträgt 6% der Lombardzins 7%.

Der Zloty am 8. April. Danzig: Ueberweisung 57,42 bis 57,54, bar 57,43—57,55. Berlin: Ueberweisung 46,75—47,15. Wien: Ueberweisung 79,00. Prag: Ueberweisung 279,00. Paris: Ueberweisung 285,50. Zürich: Ueberweisung 58,00. London: Ueberweisung 30,56.

Warschauer Börse vom 8. April. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien —, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig —, Helsingfors —, Sanien —, Holland 360,00, 360,90 — 359,10. Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 30,50, 30,65 — 30,18. New York 8,91, 8,93 — 8,89. Oslo —, Paris 35,07, 35,16 — 34,98. Prag 26,50, 26,56 — 26,44. Riga —, Sofia —, Stockholm —, Schweiz 172,22, 172,65 — 171,79. Tallin —, Wien —, Italien 45,68, 45,90 — 45,46.

Freihandelsturz der Reichsmark 209,70.

Berliner Devisenturz.

Offz. Distanz	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark		In Reichsmark	
		8. April	7. April		
		Geld	Brief	Geld	Brief
3%	1 Amerika	4,209	4,217	4,209	4,217
2%	1 England	14,38	14,42	14,38	14,42
2,5%	100 Holland	170,03	170,37	170,08	170,32
3%	1 Argentinien	0,818	0,822	0,818	0,822
4%	100 Norwegen	73,63	73,77	73,63	73,77
4%	100 Dänemark	64,24	64,36	64,24	64,36
4,5%	100 Island	64,93	65,07	64,93	65,07
3,5%	100 Schweden	76,02	76,18	76,02	76,18
3,5%	100 Belgien	58,66	58,78	58,66	58,78
4%	100 Italien	21,55	21,59	21,55	21,59
2,2%	100 Frankreich	16,54	16,58	16,54	16,58
2%	100 Schweiz	81,24	81,40	81,24	81,40
6,5%	100 Spanien	35,46	35,54	35,46	35,54
5,84%	1 Brasilien	0,239	0,241	0,239	0,241
—	1 Japan	0,899	0,901	0,899	0,901
—	1 Kanada	3,477	3,483	3,477	3,483
—	1 Uruguay	1,648	1,652	1,648	1